

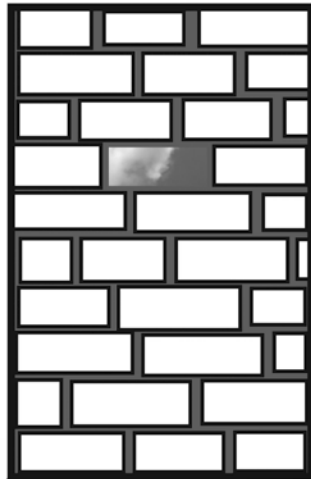
# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2011

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG



## Zimmer mit Aussicht?

Berlin 1961 – Bernauer Straße

**Der Weg zum Stasi-Unterlagen-Gesetz**

**Sklaven aus Nord-Korea**

**Als CIA-Agent in der DDR**

**Aktuell**

- 3 Grenzopfer in Bulgarien  
Forschung zu Grenztoten  
Positives Signal aus Sachsen  
Akademie auf der Grenze  
Kommentare

**Recht**

- 4 Eckregelsätze und Bedarfsstufen  
Widerspruch

**International**

- 5 Moderner Sklavenhandel in Nord-Korea  
Dokumentiert: Aufarbeitung in Rumänien

**Thema**

- 6 Umkämpfte Akten. 20 Jahre StUG, Teil 1

**Hintergrund**

- 8 Die Rote Kapelle in der Schweiz

**Berichte**

- 10 Wildwuchs am Ort der Verbrechen

**Verbände**

- 12 Leserbrief
- 13 Spendenaufruf  
Bester Film  
VOS
- 14 UOKG  
Suchanzeigen

**Zeitzeugen**

- 15 Fünf Jahre einer Jugend

**Service/Bücher**

- 16 Als CIA-Agent in der DDR  
Englisches Tagebuch
- 17 Jáchymow
- 18 Kein Haß – nur Trauer
- 19 Schreien hilft Dir nicht...

**Service/Veranstaltungen**

- 17-19

*Umschlagbild:*

*Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat im Jahr 2011 ihren traditionellen Wettbewerb „geschichts-codes“ für Studenten zum Thema 50. Jahrestag des Mauerbaus ausgeschrieben. Einen der beiden dritten Plätze belegte der Plakatentwurf „Zimmer mit Aussicht?“ von Nora Barsch, die 1989 in Helmstedt/Niedersachsen geboren wurde.*

# Das Unrecht bezeugen

Von Rainer Wagner

Im August und September ist die Zeit vieler Verbandstreffen und Opferehrungen. Irgendwo in Deutschland wurde im Laufe der letzten Monate ein Gedenkstein für eine große Opfergruppe eingeweiht, die unter dem kommunistischen Regime ihres Heimatlandes unsägliches Leid zu ertragen hatte. Honoratioren der Region ehrten die Betroffenen, große Persönlichkeiten aus dieser Gruppe und deren Verdienste wurden erwähnt und gewürdigt. Natürlich gab es Danksagungen an anwesende Politiker, die sich für das Denkmal stark gemacht hatten. Eine erbauliche Feier wäre es geworden, hätte da nicht ein vielleicht etwas naiver Geistlicher die besinnliche Veranstaltung mit seinem Beitrag gestört. Er wagte es, Urheber und Hintergründe der kommunistischen Diktatur beim Namen zu nennen. Er nahm sich die Freiheit, auf die moralischen Abgründe der kommunistischen Weltbeglucker und ihrer Propheten Marx und Engels hinzuweisen. Er schilderte das tiefe Leid, das jenen Menschen zugefügt wurde, die den roten Herrschern nicht ins Konzept paßten. Einige der Anwesenden meinten, es sei nicht angebracht, die Wunden der Vergangenheit anzurühren, weil die Zukunft nun aufgebaut werden müsse. Der protestartige Auszug eines Kommunalpolitikers führte schließlich zum Eklat. Hätte sich der Theologe zurücknehmen sollen? Hätte er sich, wie von einigen wohl erwartet, auf religiöse Aussagen und Weihenhandlungen beschränken müssen? Die Betroffenen selbst und ihre Verbandsleitung waren nicht dieser Ansicht und äußerst empört über den Zwischenfall.

Das Ereignis ist bezeichnend für unsere Zeit. Bei Gedenktagen würdigt man die Opfer und Widerständler, achtet jedoch meist darauf, daß nicht die Betroffenen, sondern die Vertreter der Tagespolitik die Richtung bestimmen. Und in der Politik haben sich unsere früheren Verfolger und Peiniger längst etabliert. Die sich heute „Die Linke“ nennende SED sitzt in fast allen Parlamenten, regiert teilweise mit. Ihre Vertreter sind oft sogar für Opferbelange zuständig. Stasi-Zuträger stehen im Polizeidienst, sitzen in Versorgungsämtern oder haben sich als die neuen „roten Barone“ größere Ländereien unter

den Nagel gerissen, als der ehemalige ostelbische Adel je hatte. Einige schmücken sich sogar mit Richterroben. Wie konnte es dazu kommen?

Sicher tragen jene, die vor 30 bis 40 Jahren im Westen Mördern wie Ho Chi Minh, Pol-Pot und Lenin huldigten und heute in den Institutionen angekommen sind, ein großes Maß an Schuld. Sicher haben sich SED-Altlieder nach kurzem Wegducken ohne jede Scham schnell wieder an die Krippe gedrängt. Die meisten von ihnen kann man beim besten Willen nicht als geläutert bezeichnen. Sie suchen - Schulter an Schulter mit RAF-Terroristen - „Wege zum Kommunismus“, verteidigen die Mauer als antifaschistischen Schutzwall und schieben sich gegenseitig die größten Stücke vom sozialen Kuchen zu.

Was aber machen wir? Statt gemeinsam Widerstand zu leisten, haben wir uns zu oft zurückgezogen und geschwiegen. Die wenigen, die sich organisieren, geben sich häufig kleinlichem Hickhack hin, was unsere Gegner deutlich belustigt. Viele von uns lassen sich mit Ehrungen und Erwähnungen in Museen abspeisen. Statt Zeugen für Freiheit und Demokratie zu sein, laufen sie Gefahr, sich zu Museums mumien degradieren zu lassen, die angestaunt, aber nicht mehr ernst genommen werden.

Deshalb ist es höchste Zeit, mehr Einigkeit zwischen den Opfern herzustellen. Die UOKG kann dafür eine ideale Plattform bilden. Sie hat in den letzten Jahren öffentliches Renommee und Vertrauen gewonnen. Ein guter Anfang wäre es, wenn Opferverbände, die noch nicht oder nicht mehr zum Dachverband gehören, der UOKG beitreten würden. Wir brauchen eine starke gemeinsame Stimme, die denen unüberhörbar widerspricht, die die Verbrechen des Kommunismus klein reden und die kommunistischen Ideen wieder salonfähig machen wollen.

Wir können nur im festen Zusammenhalt die Lehren aus der kommunistischen Zwangsherrschaft wirksam an die Gesellschaft weitergeben. Wer soll es tun, wenn nicht wir?

## Ostdeutsche Grenzopfer in Bulgarien

(cs) Zwischen 1961 und 1989 versuchten viele DDR-Bürger, über die bulgarische Grenze in den Westen zu fliehen. Bei diesen Fluchtversuchen wurde eine unbekannte Anzahl von ihnen erschossen. Der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Rainer Wagner, erklärte, daß erst ab Mitte der 80er Jahre die Toten in die DDR zurückgeführt worden seien. „Wir gehen allerdings heute von mindestens 20 bis 30 Verstorbenen aus, deren sterbliche Überreste noch in Bulgarien sein müssen und deren Schicksal der Aufklärung bedarf. Wir bitten die Verantwortlichen der Republik Bulgarien um die Übersendung entsprechender Namenslisten sowie um wohlwollende Unterstützung der Aufklärung und Rückführung der Vermißten in die Bundesrepublik.“ ■

## Forschung zu Grenztoten

(otz) Die Erforschung der Biographien aller Toten an der innerdeutschen Grenze hat nun doch Aussicht auf Förderung. Hagen Philipp Wolf, Pressesprecher beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), sagte der Ostthüringer

Zeitung, daß es zu einem Projekt von Klaus Schröder vom Forschungsverbund SED-Staat Gespräche des BKM mit dem Land Sachsen-Anhalt gab. Beide stünden einer Dokumentation der Opfer des SED-Grenzregimes positiv gegenüber. Der BKM habe dazu nun eine Kooperation des Forschungsverbundes mit der „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ angeregt. Danach wolle man bei anderen Bundesländern, darunter wohl auch Thüringen, um Beteiligung werben. ■

## Positives Signal aus Sachsen

(pm) Der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, hat die am 30. August im Kabinett gebilligte Förderrichtlinie zur Aufarbeitung von SED-Diktatur und sowjetischer Besatzungsmacht ausdrücklich begrüßt. Jährlich stehen nun 100 000 Euro für Vereine, die sich im Freistaat für die Betreuung politisch Verfolgter der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR und für die historisch-politische Aufarbeitung engagieren, zur Verfügung. Damit gehe von Sachsen wieder einmal ein positives Signal aus: die Vergangenheit besser kennen lernen, um die Zukunft gestalten zu können. ■

Anträge können allerdings nicht von Einzelpersonen gestellt werden, sondern ausschließlich von Vereinen und Verbänden. Rathenow meinte dazu: „Nun sollten schnellstens die Antragsmöglichkeiten erklärt werden, damit die Gelder wirklich noch in diesem Jahr fließen können. Mögliche Probleme existieren für manchen Verein in der notwendigen Eigenbeteiligung. Da muß sensibel und konstruktiv nachgedacht und beraten werden.“ ■

## Akademie auf der Grenze

(Dt) Mit der Point Alpha Akademie wurde am 12. September eine neue Bildungseinrichtung in Rhön eröffnet. Sie ist die Bildungsstätte der hessisch-thüringischen Point Alpha Stiftung, die sich am Erinnerungsort Point Alpha an der ehemaligen innerdeutschen Grenze vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und des Kalten Krieges besonders den Themen Demokratievermittlung, Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Außen- und Sicherheitspolitik widmet. Sanierung und Bau der Akademie wurden aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung über den Freistaat Thüringen gefördert. ■

## Kommentare

### Die Partei ist noch da

Die Tageszeitung „junge Welt“, gegründet 1947 in Ost-Berlin, veröffentlichte am 13. August 2011 auf ihrer Titelseite ein Foto mit Mitgliedern einer Betriebskampfgruppe der DDR, die mit schußbereiten Maschinenpistolen vor dem Brandenburger Tor stehen, und schreibt dazu u.a. „Wir sagen einfach mal Danke ... für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe“. In Hohenschönhausen befand sich während dieser 28 Jahre die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, und Hubertus Knabe ist der Leiter der Gedenkstätte, die nach dem Fall der Mauer in diesem Gefängnis errichtet wurde. Dieser Dank ist das Ungeheuerlichste, das ich nach 1989 in einer deutschen Zeitung gelesen habe. Zu direktem Rufmord ist es nicht mehr weit.

1990 sagte in Ost-Berlin der Geheimdienstoberstleutnant a.D. Willi Rom in einem WELT-Interview mit Jürgen Serke: „Die Partei, die ist noch da. Die KPD hat unter viel schwierigeren Umständen gekämpft. Sie hat nie aufgegeben. Sie gibt vielleicht ihren Namen auf, heißt SED oder PDS, aber sie gibt nie ihr Ziel auf. Warten Sie ab. Das, was hier in der DDR passiert, ist noch lange nicht fertig ... Die darauf hoffen, daß der Kommunismus am Ende ist, hoffen vergebens.“ Die Partei heißt jetzt „Die Linke“.

Reiner Kunze

### Genosse Negativ-Trend

Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 hat einige unerwartete Ergebnisse gebracht. Ohne sie im einzelnen zu analysieren, kann man doch mit Freude feststellen, daß die rote Regierungskoalition in der Bundeshauptstadt nun ein Ende hat. Ebenfalls nicht unerfreulich ist, daß sich diesen Wahlausgang die Linkspartei wesentlich selbst zuzuschreiben hat – ein hausgemachtes Beliebtheitstief.

Von Pleiten, Pech und Pannen gezeichnet waren die Pfade zum Kommunismus im 20. Jahrhundert allenfalls am Rande. Vielmehr wurden die Menschen im Machtbereich kommunistischer Regimes mit Unterdrückung und Terror in die „glückliche Zukunft“ geschleift, der Zweck heiligte alle Mittel. Es ist noch nicht lange genug her, als daß es die Menschheit schon vergessen hätte. Und so löste die „Suche nach Wegen zum Kommunismus“, empfohlen von der Parteivorsitzenden der Linken, auch bei naiven Gemütern gehörige Schockwellen aus. Hoffen wir, daß dieser Genosse Negativ-Trend seine löbliche Arbeit fortsetzt und sich auch im Lande Brandenburg Verdienste erringt. Das Programm der Partei, es soll in absehbarer Zeit verabschiedet werden, gibt Anlaß zur Zuversicht. Weiter so, Genossen!

Hans-Peter Schudt

# Von Eckregelsätzen zu Bedarfsstufen

## Teil 1 - Erhöhung der Einkommensgrenzen bei der Opferrente

Im Zusammenhang mit Änderungen in der Sozialgesetzgebung rückwirkend zum 1. Januar 2011 gibt es den Begriff des Eckregelsatzes nicht mehr. Er wurde ersetzt durch „Regelbedarfsstufen“. Das heißt, der für die Einkommensgrenze maßgebliche Grundbetrag bei Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) - der sogenann-

stens 180 Tagen erlitten haben und in ihrer wirtschaftlichen Situation besonders beeinträchtigt sind, können die Opferrente beantragen. Diese beläuft sich auf monatlich 250 Euro und wird ausschließlich auf Antrag gewährt. Die Zahlung erfolgt monatlich im Voraus, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung dafür ist der Besitz einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz oder einer strafrechtlichen Rehabilitierung. Nach neuester Rechtsprechung kann die Opferrente auch dann beantragt werden, wenn die strafrechtliche Rehabilitierung noch nicht vorliegt. Der Anspruch auf Gewährung bzw. Nachgewährung der Opferrente besteht dann ebenfalls ab dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Obwohl von vielen in den Westen übersiedelten Betroffenen angenommen, begründen die Rehabilitierungs-Bescheinigungen der Generalstaatsanwaltschaften der Bundesrepublik Deutschland diesen Anspruch aber nicht. Deshalb ist es in diesen Fällen notwendig, einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung bei den zuständigen Landgerichten zu stellen.

Mit der Einführung der neuen Regelbedarfsstufen ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages. Deshalb gelten Berechtigte im Sinne des Gesetzes als in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt, wenn das ermittelte Einkommen die Einkommensgrenzen derzeit bei Alleinstehenden 1092 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe 1), bei Verheirateten, in Lebenspartnerschaft sowie eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden 1456 Euro (vierfache Regelbedarfsstufe 1) nicht übersteigt (Stand April 2011). Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten und nicht auf das seines Partners.

Berechtigte, die Renten oder rentenähnliche Bezüge erhalten, wie z.B. Altersrente, Witwenrente, Erwerbsunfähigkeitsrente, Betriebsrente, sind dahingehend privilegiert, daß bei der Feststellung einer wirtschaftlichen Bedürftigkeit derartige Leistungen außer Betracht bleiben. Also wird die Rente, die normalerweise ja zum Einkommen gehört, nicht auf das Einkommen angerechnet. Das heißt, die Rente kann so hoch sein wie sie will, für die Zahlung der Opferrente ist sie unerheblich. Anrechnung auf das Einkommen finden nur zusätzlich zur Rente erzielte Einnahmen, wie z.B. aus Miete, Pacht, Zinseinnahmen aus Sparguthaben u.ä.

Bei ehemals politisch Inhaftierten, die heute Arbeitnehmer sind, wird bedauerlicherweise das gesamte tatsächliche Einkommen bei der Bedürftigkeitsprüfung angerechnet, aber auch hier gilt: nur das Einkommen des Berechtigten und nicht das des Partners! Nicht zum Einkommen gehören u.a. Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und Renten wegen haftbedingter Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Übersteigt das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um einen geringeren Betrag als 250 Euro, erhält der Berechtigte die Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages. Nähere Auskünfte unter Tel. (030) 55 49 63 34.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein

## Da lacht der Klassenfeind

„Sie stellt in Prozessen für ihre Klienten immer das absolute Mindestmaß (kein politisches Instinkt für Prozeßhandlung). Bei den Gerichten ist die deshalb ebenfalls sehr unbeliebt.“

MfS-Bezirksverwaltung Erfurt

**Geld nennt man heute Knete, weil man jeden damit weich bekommt.**

*Gerhard Uhlenbruck*

Es gibt unbestechliche Ausnahmen.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

ten Opferrente – und den Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) errechnet sich nicht mehr aus Eckregelsätzen, sondern aus der Regelbedarfsstufe 1.

Obwohl schon seit 2007 in Kraft, gibt es immer noch Betroffene, die die besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) nach § 17a des StrRehaG noch nicht beantragt haben. An dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Informationen für die Beantragung und den Erhalt der Opferrente.

Betroffene, die eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt minde-

## Widerspruch

Bei der Einsichtnahme in die Stasi-Akten begegnet der Antragsteller häufig umfangreichen Schwärzungen. BStU-Mitarbeiter sind gehalten, durch diese Unkenntlichmachungen die Persönlichkeitsrechte von Dritten zu schützen. Ganze Abschnitte einer Seite oder sogar Teile der gesamten

Akte sind u. U. nicht einsehbar. Es kann jedoch Fälle geben, in denen der Antragsteller damit nicht einverstanden ist und eine Nachprüfung begehrt. Wer ist zu einer solchen Entscheidung schon einmal in Widerspruch gegangen? Mit welchem Ergebnis?

Informationen bitte an: Jurist Florian Kresse, UOKG-Beratungsstelle, Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail kresse@uokg.de

# Moderner Sklavenhandel in Nord-Korea

Als im April dieses Jahres alle Länder ihre Staatsangehörigen aus Libyen angesichts des Bürgerkrieges zurückholten, blieb Pjöngjang die einzige Ausnahme. Die dort arbeitenden 200 nordkoreanischen Ärzte, Krankenschwestern und Konstruktionsarbeiter erhielten den strikten Befehl, trotz aller Gefahren zu bleiben. Vielleicht war es die Angst des Regimes, die Zurückgekehrten könnten in ihrer Heimat vom Freiheitswillen der libyschen Bevölkerung und ihrem Aufstand berichten und damit Hoffnungen im eigenen Lande wecken. Vielleicht dominierte aber auch das Pekuniäre. Bringen die im Ausland arbeitenden Nordkoreaner dem Regime doch jährlich schätzungsweise umgerechnet 1,2 Milliarden US-Dollar.

Ihre Zahl beläuft sich heute auf ca. 70 000 (das Doppelte gegenüber 2006). Zwar werden diese Angaben von den Medien Pjöngjangs nicht veröffentlicht, doch gibt es – nicht nur durch Flüchtlinge – einen ziemlich guten Überblick darüber: 20 000 Nordkoreaner arbeiten in Rußland, 15 000 im Mittleren Osten, 8 000 in China, 7 000 in verschiedenen Ländern Afrikas sowie 5 000 in der Mongolei und ebenso viele in Osteuropa – der Rest ist verstreut in Fernost.

Dieser Sklavenhandel begann bald nach dem Korea-Krieg. Als Dank für die geleistete Waffenhilfe Moskaus wurden zahlreiche Nordkoreaner nach Sibirien zur Arbeit geschickt (nicht wenige waren verurteilte Kriminelle), von denen viele in der Kälte umkamen. Heute sind es durchweg Waldarbeiter.

Mitte der 70er Jahre suchten viele Staaten Konstruktionsarbeiter für Wohnungen und Straßen. 3 500 kamen nach Kuwait, 2 000 nach Katar und 1 500 in die Vereinigten Emirate. Im Norden Chinas werden mehrere tausend nordkoreanische Frauen als Näherinnen in Textil-Fabriken eingesetzt. Dort ebenso wie in Thailand entstehen staatliche Restaurants Pjöngjangs. Viele ihrer „Eigentümer“ sind Verwandte höherer Funktionäre der kommunistischen „Partei der Arbeiter“ Nord-Koreas.

Voraussetzung eines solchen Auslandseinsatzes ist neben der Gesundheit die politische Haltung des Bewerbers. Er darf keinerlei Verwandtschaft in Südkorea haben, muß seiner „ideologischen Erziehung“ in den letzten drei Jahren nachgekommen sein und eine stabile Ehe vorweisen – der Partner bzw. die

Partnerin bleibt im Norden Koreas zurück.

Die tägliche Arbeitszeit im Ausland beträgt zwölf bis vierzehn Stunden, jede zweite Woche gibt es einen freien Tag. Einkäufe finden nur gruppenweise statt. Kontakte mit Einwohnern wie auch das dortige Fernsehen sind untersagt. Jeden Abend erfolgt politische Schulung mit anschließender „Selbstkritik“. Die Unterkünfte befinden sich durchweg in Baracken außerhalb der jeweiligen Ansiedlungen. Um Fluchtversuche zu vermeiden, sind sie zumeist mit einem Drahtzaun umgeben.

Der Monatslohn für nordkoreanische Arbeiter beträgt in etlichen Ländern umgerechnet 300 US-Dollar und liegt damit häufig weit unter den regional üblichen Löhnen. Von diesen 300 US-Dollar konfisziert Pjöngjang 250 als „Treue-Zahlung“. Außerdem erwartet die nordkoreanische Botschaft im jeweiligen Lande Geld-„Geschenke“. Fast alle nordkoreanischen Arbeiter kehren nach drei Jahren in ihr Arbeiter-Paradies ohne jegliche Ersparnisse zurück.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Dokumentiert

### Kurze Laufzeit für Aufarbeitung

Aus dem Länderbericht Rumäniens auf dem XIX. Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus e.V. 2011 in Berlin

Das Gesetz zur Dekonspiration der ehemaligen Securitate-Offiziere, die als politische Polizei tätig waren und mit dieser kooperiert haben: Dieses Gesetz wurde im Parlament durch allerlei Streichungen und Ergänzungen in einer Weise verstümmelt, daß es selbst Ticu Dumitrescu [früherer Verbandspräsident – d. Red.] nicht mehr erkennen konnte. Das Gesetz wurde dennoch angenommen und vom Staatspräsidenten unterzeichnet. Das Gesetz war ein paar Jahre in Kraft, bis es begann, Personen, die im Zentrum des politischen Lebens standen, zu stören, etwa den Medienmogul und Senator Dan Voiculescu, so daß das Verfassungsgericht das Gesetz kurzerhand für verfassungswidrig erklärte! Der Nationale Rat für das Studium der Akten der Securitate (CNSAS) hat nur eingeschränkte Kompetenzen, die Besetzung seines Führungsgremiums ist politisiert, so daß kein einziger ehemaliger politischer Häftling Mitglied des Gremiums ist.

Das Lustrationsgesetz [Überprüfungsgesetz – d. Red.] wurde vom Parlament angenommen und von Staatspräsident Băsescu unterzeichnet,

aber erst 20 Jahre nach 1989! Das geschah während unseres Kongresses in Kronstadt/Braşov. Damals habe ich darum gebeten, daß man mich in ein paar Jahren fragen möge, ob jemand aufgrund dieses Gesetzes lustriert worden sei. So weit wird es nie kommen, weil auch dieses Gesetz vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft worden ist. Mehr noch, der frühere Staatspräsident Ion Iliescu ist sogar so weit gegangen, das Gesetz als undemokratisch zu bezeichnen.

Gesetz Nr. 118/1990, das den ehemaligen politischen Häftlingen für die Dauer ihres Lebens einige Rechte zusprach, die darauf abzielten, ihnen einen bescheidenen Lebensunterhalt zu gewährleisten, hat sich als Brotkrumen vom Tisch der Neureichen erwiesen. Dieses Gesetz zumindest besteht noch, aber selbst der rumänische Staat hält sich nicht richtig daran.

Gesetz Nr. 221/209, erarbeitet vom Institut für die Erforschung der Verbrechen des Kommunismus in Rumänien ..., räumte den ehemaligen politischen Häftlingen die Möglichkeit ein, den rumänischen Staat zu verklagen, um von ihm moralische und materielle Entschädigung zu erhalten. Auch dieses Gesetz wurde vom Parlament angenommen und von Staatspräsident Băsescu unterzeichnet. Kurze Zeit später wurde das Gesetz vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt! [...]

Octav Bjoza  
Verbandspräsident

# Umkämpfte Akten

## Zwanzig Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz

Von Florian Kresse

### Teil 1

Am 29. Dezember 1991 trat ein Gesetz in Kraft, das zu einem Motor der DDR-Aufarbeitung und zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Quellenerschließung der jüngeren Geschichtsschreibung werden sollte: das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, kurz Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG).

Alles begann mit zwei Befehlen von Erich Mielke Ende Oktober und am 6. November 1989, also wohlgernekt einige Tage vor Öffnung der Mauer. Aufgrund dieser Befehle setzte die Staatssicherheit eine gewaltige Beseitigungsmaschinerie in Gang, um die Spuren ihrer oft sogar nach DDR-Gesetzen illegalen Tätigkeit zu verwischen. Es wurde zerrissen, geschreddert und verbrannt. Das MfS ließ sich sogar noch extra moderne Aktenvernichtungsmaschinen aus der Bundesrepublik liefern.

Diese gewaltige Vernichtung wurde erst am 4./5. Dezember 1989 eingeschränkt durch die Besetzung von Bezirks- und Kreisdienststellen des „Amtes für Nationale Sicherheit“ (AfNS) – das Ministerium für Staatssicherheit war inzwischen umbenannt worden. In der Berliner Zentrale in der Normannenstraße jedoch konnte das MfS/AfNS weiterhin nahezu ungestört seine Akten beseitigen.

Am 15. Januar 1990 wurde dann auch die Normannenstraße gestürmt, wobei bis heute die Hintergründe der Aktion umstritten sind. Die Aktenbestände waren nun scheinbar gesichert. Scheinbar – denn die Akten des Auslandsgeheimdienstes (HVA) und sämtliche vorhandenen magnetischen Datenträger mit personenbezogenen Daten wurden danach noch offiziell – mit Billigung des Zentralen Runden Tisches – vernichtet. Es stand die Befürchtung im Raum, westliche Geheimdienste könnten in den Besitz des Materials gelangen und es für ihre Zwecke mißbrauchen.

Was mit den verbliebenen Akten – immerhin noch ca. 180 Regalkilometer – geschehen sollte, blieb zunächst offen. Mit dieser Frage sollte sich das „Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ befassen, das von der Regierung Modrow gebildet und später von der ersten und einzigen frei gewählten Regierung der DDR unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière (CDU) übernommen wurde.

Am 7. Juni 1990 schließlich setzte die Volkskammer anstelle des Komitees einen „Sonderausschuß zur Kontrolle der

Auflösung des MfS/AfNS“ unter Vorsitz von Joachim Gauck ein.

Es war also zunächst an der Volkskammer, zu entscheiden, was mit den gewaltigen Aktenmassen des DDR-Geheimdienstes passieren sollte.

Das Spektrum der Auffassungen war weit gefächert. Die komplette Vernichtung aller Akten, die der damalige Innenminister Diestel für die „sauberste, einfachste und am wenigsten aufwendige Lösung“ hielt, war immer noch eine Option, die auch Lothar de Maizière gefiel. Dieser fürchtete „Mord und Totschlag“ bei Freigabe der Akten – ein angesichts des durchweg friedlichen Verlaufs des Umsturzes in der DDR einigermaßen absurd anmutendes Szenario. Doch nicht nur umstrittene Personen der Zeitgeschichte 1989/90, auch Teile der Bürgerrechtsbewegung sprachen sich für die vollständige Vernichtung der Akten aus – freilich nicht, um zu vertuschen, sondern vielmehr aus Angst, die Akten könnten in die falschen Hände geraten. Besonders ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber Geheimdiensten befeuerte dieses Gefühl. Wer wußte schon, wozu BND oder CIA die von der Staatssicherheit gewonnenen Informationen nutzen würden.

Diesen Bedenken zum Trotz verabschiedete die Volkskammer am 24. August 1990 schließlich das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit.“ Dessen Zweck, in § 1 des Gesetzes definiert, war kurz gesagt die „politische, historische und juristische Aufarbeitung“ der Tätigkeit des MfS, der Schutz des einzelnen vor unbefugtem Umgang mit personenbezogenen Daten, der Zugriff auf die Daten zum Zwecke der Rehabilitierung, das Sammeln von Beweismitteln der Verbrechen des MfS/AfNS und die Gewährleistung parlamentarischer Kontrolle von Sicherung und Nutzung der Daten. Dabei wurde Wert darauf gelegt, die Daten dezentral auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu lagern (§ 3 des Volkskammergesetzes). Es handelte sich inhaltlich also durchaus um einen Vorläufer des heutigen Stasi-Unterlagen-Gesetzes.

Doch bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag erlangten die Bedenkenträger in Ost und West zunächst wieder Oberwasser. So sollte das Volkskammergesetz nach dem Willen der Verhandlungspartner nicht in den Katalog



Machtzentrale des MfS bis 1989: Haus 1 in der Berliner Normannenstraße.

Damals wie heute Mittelpunkt heftiger gesellschaftlicher Kontroversen, wurde es inzwischen siebenmal novelliert. Eine achte Novellierung ist bereits auf dem parlamentarischen Weg.

Das StUG ist mehr als ein bloßes Archivgesetz. Es brachte eine eigene Bundesbehörde hervor, brachte führende Köpfe der Republik ins Wanken und manchmal sogar zu Fall, half dabei, den wahren Charakter des SED-Staates aufzudecken und die Vergangenheit so mancher Person, die sich längst an den Fleischtöpfen des Kapitalismus bedient, als hätte es kein Gestern gegeben. Das Gesetz ist ein Meilenstein der jüngeren deutschen Geschichte.

Dabei war und ist das StUG bis heute Gegenstand heftiger Kontroversen. Wäre es nach dem Willen derer gegangen, die den Einigungsvertrag gestaltet und ausgehandelt haben, hätte es ein Stasi-Unterlagen-Gesetz wahrscheinlich überhaupt nicht gegeben. Wie kam es dennoch zu seiner Entstehung und wie hat es sich im Laufe der Jahre entwickelt?

jener Vorschriften, die nach dem Beitritt fortgelten würden, aufgenommen werden. Vielmehr war vorgesehen, die Stasi-Akten unter der Kontrolle des Bundesarchivs zu verwalten und das Auskunftsrecht für Betroffene erheblich einzuschränken.

Dies entsprach jedoch weder dem Willen der Volkskammer noch jenem der Bürgerrechtsbewegung und führte schließlich zu einer neuerlichen Besetzung der Berliner Stasi-Zentrale am 4. September 1990 durch Bürgerrechtler. Das Anliegen der Besetzer war es, die Kontrolle der Akten den Bürgern der DDR selbst zu überlassen.

Aufgrund des Widerstands der Volkskammer und der Proteste kam es im letzten Moment dazu, daß im Einigungsvertrag die Einrichtung von Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen festgeschrieben wurde und daß „der gesamtdeutsche Gesetzgeber die Grundsätze, wie sie in dem von der Volkskammer am 24. August 1990 verabschiedeten Gesetz zum Ausdruck gekommen sind, umfassend berücksichtigt“. Am 3. Oktober 1990 wurde die Wiedervereinigung vollzogen. Der gesamtdeutsche Bundestag hatte sich nun mit dem Schicksal der Stasi-Akten zu beschäftigen.

Zunächst wurde die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Grüne aktiv. Sie brachte am 7. Juni 1991 den „Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der Daten und Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik“ in den Bundestag ein. Dieser Entwurf orientierte sich an einem Vorläufer, den die Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit bereits am 10. Februar 1991 vorgelegt hatten. Der Entwurf war stark auf die Rechte der Opfer fokussiert.

Kurz darauf brachten die damaligen Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP zusammen mit der SPD-Fraktion ihren eigenen Entwurf ein. Als Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens wurde schließlich am 20. Dezember 1991 das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ verabschiedet. Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 29. Dezember 1991 wurde aus dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU).

In § 1 des StUG wurde der Zweck des Gesetzes geregelt. Das Gesetz sollte:

1. dem einzelnen Zugang zu den über ihn vom Staatssicherheitsdienst gespeicherten Informationen ermöglichen
2. den einzelnen davor schützen, daß er durch den Umgang mit den von der Staatssicherheit über ihn gespeicherten Informationen in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird
3. die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes gewährleisten
4. öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen die erforderlichen Informationen für die in dem StUG genannten Verwendungszwecke zur Verfügung stellen. Diese sind in den §§ 19-31 StUG abschließend geregelt.

Die Verwendungszwecke sind vielfältig, daher sollen hier nur die wichtigsten hervorgehoben werden.

Einmal ist die Akteneinsicht durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen für die Rehabilitierung von Betroffenen, Vermißten und Verstorbenen zulässig. Dies dürfte die für die Opfer der Stasi-Willkür wichtigste Vorschrift sein, ist sie doch in den meisten Fällen überhaupt erst Grundlage für eine Rehabilitierung.

Ebenfalls wichtige Zwecke sind die Aufklärung des Schicksals Vermißter oder ungeklärter Todesfälle sowie die Aufklärung und Sicherung des Vermögens der ehemaligen DDR.

Schließlich ist als weiterer Verwendungszweck die Überprüfung bestimmter Personengruppen im Hinblick auf eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit vorgesehen.

Besonders das Zusammenspiel von Nr. 1 und Nr. 2 sollte sich teilweise als kompliziert erweisen. So erfordert der Persönlichkeitsrechtsschutz, daß sämtliche Akten von einem Mitarbeiter der BStU überprüft werden müssen, bevor sie an einen Antragssteller herausgegeben werden dürfen. Der Angestellte durchforstet die Akten dann nach Angaben, die geeignet sind, das Persönlichkeitsrecht Dritter zu verletzen. Um eine Persönlichkeitsrechtsverletzung auszuschließen, hat der Mitarbeiter die fraglichen Stellen zu schwärzen. Dies kann auch dazu führen, daß ganze Passagen der Akte bis zur Unleserlichkeit entstellt sind und damit für den Benutzer unbrauchbar. Auch konnte und kann es vorkommen, daß gewisse Teile der Akte überhaupt nicht an den

## Was sind Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes?

Sämtliche Informationsträger unabhängig von der Form der Speicherung, insbesondere

- a) Akten, Dateien, Schriftstücke, Karten, Pläne, Filme, Bild-, Ton- und sonstige Aufzeichnungen
- b) deren Kopien, Abschriften und sonstigen Duplikate sowie
- c) die zur Auswertung erforderlichen Hilfsmittel, insbesondere Programme für die automatisierte Datenverarbeitung, soweit sie beim Staatssicherheitsdienst oder beim Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei entstanden, in deren Besitz gelangt oder ihnen zur Verwendung überlassen worden sind, dem Staatssicherheitsdienst überlassene Akten von Gerichten und Staatsanwaltschaften.

(StUG § 6)

Antragssteller ausgehändigt werden dürfen. Dies kann im Einzelfall für den Einsichtnehmenden unbefriedigend sein. Er ist auf das Wohlwollen des Mitarbeiters angewiesen. Ob es einen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung gibt, ist für den Betroffenen nicht ersichtlich, so nehmen die Antragssteller im Regelfall die Entscheidung des Mitarbeiters hin.

Im Zusammenspiel von Aufarbeitung und Persönlichkeitsrecht öffnet sich das Feld, auf dem die größten Schlachten um die Interpretation des StUG geschlagen wurden. Die meisten Debatten über das Stasi-Unterlagen-Gesetz der letzten 20 Jahre drehten sich im Kern um diesen Gegensatz.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

## Handbuch

### zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen

(VT)Die Sprache der Akten ist die Sprache der Macht: Abkürzungen und verschlüsselte Begriffe erschweren das Verständnis der Unterlagen. Was ist ein GMS oder ein IMB, was sind Maßnahmen der Abteilung 26? Was meinte die Stasi, wenn sie von Operationsgebiet oder von Rückgewinnung sprach?

Damit nicht jeder, der seine Akten entschlüsseln will, vorher ein Stasi-Spezialist werden muß, sind in diesem Handbuch die notwendigen Informationen zusammengetragen.

*Tina Krone, Irena Kukutz, Henry Leide: Wenn wir unsere Akten lesen. Handbuch zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen, BasisDruck, Berlin 1997, 2. akt., stark erw. Aufl., 192 S., 7,60 € (noch lieferbar)*

# Die Rote Kapelle in der Schweiz

Alte Mythen gegen neue Fakten aus den Geheimdienstarchiven

Von Nicole Glocke

Die Rote Kapelle - selten ist ein Kreis von Widerstandsgruppen mit derartig geheimnisvollen Mythen und Legenden verknüpft wie dieser, der mehr war als eine in Europa agierende Sammlung von Spionagegruppen. Und genauso selten wurden wegen einer Widerstandsgruppe derart ideologische Schlachten geschlagen, die noch heute verwirren. Für den Westen galt die Rote Kapelle als der größte sowjetische Spionagering, für den Osten wurde sie im Rahmen des antifaschistischen Widerstandskampfes überhöht und zu einer reinen sowjetischen Kundschafter-Organisation erklärt, was nicht zutreffend war.

Der 1957 in Ost-Berlin geborene Historiker Bernd-Rainer Barth hat nun während seiner jahrelangen und detaillierten Forschungsarbeit ein wenig Licht in ein besonders unbekanntes Tätigkeitsgebiet der Roten Kapelle gebracht und sich mit Aufbau und Motivation der sogenannten Roten Drei in der Schweiz befaßt. Darüber hielt er am 12. Juli 2011 einen Vortrag in der Berliner Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus. Barth hat hauptsächlich die Funksprüche ausgewertet, wobei allerdings nur 8 Prozent, das heißt etwa 440 von über 5000 Funksprüchen, für die Öffentlichkeit

zugänglich sind. Besonders Rußland verweigert einen offenen Zugang, „weil die russischen Sicherheitsbehörden die ekla-



Alexander Radó.

tanten Fehler der sowjetischen Spionage, die vielfach zum Tode der Widerstandskämpfer geführt haben, unter Verschuß halten wollen. Es geht also weder um Quellenschutz noch um die Sorge vor einer Verletzung russischer Sicherheitsinteressen“, erläuterte der Referent. Diese Fehler seien teilweise bewußt begangen worden. „Aus Angst vor Repressionen wurden daher geheimdienstliche Nachrichten entweder nicht weitergeleitet oder falsch ausgewertet.“ Da Bernd-Rainer Barth lange in Ungarn gelebt hat, war es ihm zumindest möglich, dazu auch ungarische Beiträge über Alexander Radó zu lesen.

Wer und was waren nun die Roten Drei? Dieser Name stellte eigentlich einen Arbeitsbegriff der deutschen Spionageabwehr für die sowjetische Aufklärung in Genf dar. Zugleich steht die Bezeichnung für eine der berühmtesten sowjetischen Residenturen. Zum Kern dieser Gruppe gehörten der legendäre ungarische Geograph und Kartograph Alexander (Sándor) Radó - der in Genf als geheimdienstliche Legende wie auch als berufliche Wunscherfüllung die kartographische Agentur Geopress gründete -, die deutsch-polnische Kommunistin Rachel Dübendorfer und schließlich die sowjetische Kommunistin Maria Poljakowa.

Die Schweiz war für die Agenten ein idealer Arbeitsort, weil das Land zunächst weitgehend der Gestapo entzogen war. Radó und seinen beiden Mitstreiterinnen gelang es, ein großes Agentennetz aufzubauen. Alle angeworbenen Kommunisten stammten aus einem liberal-bürgerlichen Umfeld und bildeten innerhalb der Kommunistischen Partei die „Versöhnerfraktion“. Etwa 90 Quellen trugen den Roten Drei ihre Informationen zu, darunter auch die Warnung vor einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, die Stalin wie die vielen anderen diesbezüglichen Warnungen nicht zur Kenntnis nahm. Insgesamt eine logistische Meisterleistung, wie Barth herausstellte. Einige Meldungen wurden auch an die westalliierten Geheimdienste gesendet. Allerdings war wegen der deutschen Besetzung von Paris ab 1941 der Kurierweg über die französische Hauptstadt abgeschnitten. Daher kam nur noch Funkverkehr in Frage.

Die Schlüsselfigur war zweifellos Alexander Radó, der übrigens auch den ersten Reiseführer über die Sowjetunion herausgebracht hatte. Stalin kassierte ihn ein paar Jahre später ein, so daß dieser Reiseführer heute als eine kostbare Rarität gilt. Der 1899 geborene Ungar schloß sich schon in den zwanziger Jahren einer illegalen Tätigkeit für die Kommunistische Internationale in Frankreich an, hielt aber stets an seinen wissenschaftlichen Plänen fest. Eine klassische nachrichtendienstliche Ausbildung hat er wohl nicht durchlaufen. In seinen Memoiren von 1964 machte er hierzu keine Angaben.

Nach einer Zusammenarbeit mit Willy Münzenberg innerhalb einer Nachrichtenagentur in Paris erhielt er von Moskau den Auftrag, sich für seine nachrichtendienstliche Arbeit einen strategisch günstigen Platz zu suchen. Er entschied sich für Genf, baute sein Netz auf und erkundete auch Truppenbewegungen im spanischen Bürgerkrieg. Unterstützt wurde er durch Maria Poljakowa, „ein echtes Spionagetalent“ und überzeugte Kommunistin. Sie wurde 1934 von Moskau mit dem Aufbau einer illegalen Residentur beauftragt. „Während ihr Vater den Säuberungen zum Opfer fiel, erhielt sie eine Auszeichnung“, so Barth. Nach

## „Rote Kapelle“

Wegen ihres Kontaktes mit den Sowjets wurden die Brüsseler und Berliner Gruppen von der Spionageabwehr und der Gestapo unter dem irreführenden Namen Rote Kapelle zusammengefasst. Ein Funker, der mit seinen Fingern Morsecodezeichen klopfte, war in der Geheimdienstsprache ein Pianist. Eine Gruppe von „Pianisten“ bildete eine „Kapelle“, und da die Morsezeichen aus Moskau gekommen waren, war die „Kapelle“ kommunistisch und damit rot. Durch dieses Missverständnis wurde die Basis gelegt, auf der die Widerstandsgruppe später als den Sowjets dienende Spionageorganisation in der Geschichtsschreibung behandelt wurde, bis das zu Beginn der 1990er Jahre korrigiert werden konnte. Das von der Gestapo geschaffene Organisationskonstrukt Rote Kapelle hat in dieser Form nie existiert.

Stefan Roloff in: Die Rote Kapelle, Ullstein 2002, S. 146



dem Krieg mußte sie aus dem operativen Dienst ausscheiden und als Lehrkraft arbeiten. Mitte der neunziger Jahre ist sie in Moskau gestorben.

Auch die 1900 in Warschau geborene Rachel Dübendorfer war eine überzeugte Kommunistin, die schon früh mit ihrem Vater, einem Bankier, brach. Sie besaß die Fähigkeit, sich in allen gesellschaftlichen Schichten sicher zu bewegen und hatte darüber hinaus eine gründliche nachrichtendienstliche Schulung erhalten. Auch ihre Schwester arbeitete für den sowjetischen Geheimdienst. 1933 floh Rachel Dübendorfer in die Schweiz, wo sie 1934 zwecks Erwerbs des schweizerischen Bürgerrechts Heinrich Dübendorfer heiratete. Danach arbeitete sie für das internationale Arbeitsamt in Genf.

Zunächst betrieb sie zusammen mit dem deutschen Widerstandskämpfer Paul Böttcher, der bald auch ihr Lebenspartner wurde, eine eigenständige Residentur. Auf Anweisung Moskaus kam es 1940 zu einem Zusammenschluß der beiden Residenturen. 1943 erfolgte das Aus: Ein deutscher Peilsender kam den Roten Drei auf die Spur. Doch sie hatten Glück und konnten den Schweizer Behörden glaubhaft versichern, ausschließlich den Westalliierten Informationen übermittelt zu haben. Dübendorfer und Radó gelang es unterzutauchen und später ins befreite Paris zu fliehen, von wo aus sie nach Moskau weiterreisten. Eine folgenreiche Fehlentscheidung, denn dort wurde ihnen ihr mutiger Widerstand gegen die Nationalsozialisten zum Verhängnis. Beide wurden wegen Spionage für eine fremde Macht angeklagt. Radó verbrachte zehn Jahre in verschiedenen Lagern. Der Agent, der zeit seines Lebens der Geographie treu blieb, wurde von sowjetischen Offizieren wegen seines Nachnamens für einen Radioexperten



Die Lubjanka. Für Radó und Dübendorfer Endstation der Reise nach Moskau.

gehalten. Über seine weiteren Haftlebensnisse ist wenig bekannt, Radó selbst schwieg darüber. Nach seiner Entlassung wurde er „vorsorglich“ brutal zusammengeschlagen und seiner letzten Wertsachen beraubt. Als gebrochener Mann kehrte er nach Ungarn zurück und nahm seine Tätigkeit als Geograph wieder auf.

Noch tragischer war das Schicksal von Rachel Dübendorfer. Angesichts der ungerechten Anklage verlor sie im wahrsten Sinne des Wortes ihren Verstand und wurde in die Haftpsychiatrie eines GULags eingeliefert, wo sie zehn Jahre vor sich hin dümmerte. Anschließend setzten die Sowjets sie in einen Zug gen Westen. In der DDR wurde sie als hilflose Person aufgegriffen und verschwand wieder einmal in einer Psychiatrie. Durch den Kontakt zu ihrer Tochter und deren Familie verbesserte sich ihr Zustand, allerdings behielt sie ihre Wahnvorstellungen, eine häufig zu beobachtende psychische Erkrankung bei Spionen. Dennoch wendete sich ihr Leben noch einmal. Sie er-

hielt eine Rente und eine Wohnung, die sie dem MfS für konspirative Treffen zur Verfügung stellte. Außerdem schrieb sie Berichte etwa über das Schlangestehen vor einem Reisebüro oder über Hamsterkäufe, „alles in allem interessante Beiträge über die damalige Stimmungslage der Menschen“, so der Referent.

Auf Initiative des Leiters der DDR-Auslandsaufklärung Markus Wolf, der sich intensiv mit der Rolle von kommunistischen Agenten während des Krieges beschäftigte, begannen erste Befragungen des MfS über ihre Vergangenheit, die nun als wichtige Quellen für die Erforschung der Roten Kapelle gelten. 1973 starb Dübendorfer in geistiger Umnachtung. Ihr tragisches Schicksal hinderte die kommunistischen Regimes nicht daran, Dübendorfer, aber auch ihre Mitstreiter in der Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes zu makellosen Helden zu stilisieren, deren ungeheuerliches Leiden als GULag-Häftlinge allerdings zu verschweigen. ■

## Suchanzeige

### „Die kommunistische Diktatur in den Betrieben“

**Zeitzeugen gesucht:** In einem Projekt (Film, multimediale Website, Publikation) soll der Zusammenhang zwischen DDR-Arbeitswelt und Repression herausgearbeitet werden. Jene, die in Stasi-Haft kamen, haben ja davor in der Regel gearbeitet. Wer ist bereit, als Zeitzeuge zu folgenden Themen zu berichten: Lebensphase vor der Inhaftierung (u.a. Berufswahl, Ausbildung, Arbeitstätigkeit, Erfahrungen mit SED im Betrieb, mit Arbeitskollektiv), Überlegungen und Handlungen, die zur Inhaftierung führten, Prozeß (u.a. gesell-

schaftlicher Ankläger), Haftzeit (u.a. Arbeiten während der Haft), Arbeitsphase nach der Freilassung (u.a. Belastungen durch mögliche Traumatisierung)? Wie werden im Rückblick auf das Leben Arbeitsbiographie und Haftzeit bewertet? Projektbeginn: Januar 2012. Interessierte Zeitzeugen melden sich bitte bei: Theo Teucher, Medienwerkstatt Berlin e.V., Kaiser Friedrichstr.5, 10585 Berlin, Tel.:030/3421676 und 0172/3053578. E-Mail: tteucher@googlemail.com

# Wildwuchs am Ort der Verbrechen

Gedenkveranstaltung in Sachsenhausen am 31. Juli 2011

Unsere Gedenkveranstaltung zum 66. Jahrestag der Wiederinbetriebnahme des KZ Sachsenhausen als Speziallager Nr. 7 durch den NKWD bestand in diesem Jahr aus zwei Teilen. Den ersten veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 allein. Dabei wurden drei Texte vorgetragen, die wir bei der Beratung über die gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstättenleitung nicht durchsetzen konnten. Dazu gehörte

sen Umgekommenen (s. Kasten) und Gedanken von Manfred Kuntze zu ähnlichen Fragen.

Den zweiten Teil der Gedenkveranstaltung hatten Arbeitsgemeinschaft und Gedenkstättenleitung gemeinsam gestaltet. Er begann mit der Begrüßung durch Gedenkstättendirektor Professor Dr. Morsch und die Vereinsvorsitzende Victoria Heydecke. Diese griff die Worte

mandantenhof als Friedhof ist empörend. Die Toten liegen noch immer namenlos in den Gräbern, in die sie geworfen wurden mit dem Ziel, sie dem ewigen Vergessen anheimzugeben. Es ist daher notwendig, nach dem Gräbergesetz zu verfahren und die namentlich bekannten 11 890 Toten durch die Aufstellung von Namenstafeln ihrer Anonymität zu entreißen. Auch der Gedenkstein ist nicht den Opfern gewidmet, sondern einer Rache, die wir so nicht kennen, einem Haß, für den der Tod keine Grenze ist, einem Haß, der einen Frieden, wie wir ihn ersehnen, ausschließt.

Victoria Heydecke wies schließlich auf die große Enttäuschung der Arbeitsgemeinschaft über den Umgang mit den Geldern hin, die der Gedenkstätte im Herbst 2009 gewährt wurden. Ca. 500 000 Euro standen für eine Zugänglichmachung der Zone 2 zur Verfügung. Nur 320 000 Euro wurden eingeplant. Der 1. Bauabschnitt sollte vor allem einer sogenannten Zuwegung der Zone 2 dienen. Die neuen Wege, die wir heute sehen, können nicht als Zuwegung dieser Zone anerkannt werden. Auch nicht der Weg, der zu einer Museumsbaracke führt. Ab Mitte 1946 war in der Zone 2 ein Hochsicherheitsgefängnis für Verurteilte der sowjetischen Militärtribunale errichtet worden, in dem die Gefangenen einer besonders grausamen menschenvernichtenden Behandlung ausgesetzt waren, ebenso unbeschreiblichen hygienischen Zuständen. Schon die kleinste Wunde konnte tödlich sein. Und heute diese feinen Wege! Das ist nicht denkmalsgerecht und eine unerträgliche Zumutung für die Opfer.

Der Anblick des wüstgefallenen Ostlagers zerreißt uns das Herz. Hier standen ab Mitte 1946 die großen Stammlagerbaracken für die SMT-Verurteilten. Dieser authentische Ort schrecklicher Verbrechen versinkt im Wildwuchs. Die Grundmauern werden bald vollkommen zerstört sein. Nach Baumaßnahmen haben wir hier vergeblich gesucht. Ob sie bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein werden? Wir sind nach allem, was wir erleben mußten, skeptisch und können nur hoffen. Staatssekretär Martin Gorholt sagte in seiner Ansprache, er gehe mit Sicherheit von der rechtzeitigen Vollendung der Baumaßnahmen aus. Das hat uns ein wenig beruhigt.

Die Ansprache der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking, beeindruckte uns tief. Sie brachte von dem zum Ausdruck, was wir denken



Fotos: Reinhard Klaus

Während der Gedenkveranstaltung am Kommandantenhof.

das Grußwort von Professor Dr. Michael Wolffsohn, in dem er u.a. feststellte:

„Nicht vergessen dürfen wir, dass Erinnerung nur in ihrer Vollständigkeit anständig und wahrhaftig ist. Nur vollständiges Erinnern kann Wiederholungen verhindern. Sachsenhausen lehrt: Dies war ein Ort nationalsozialistischer Verbrechen. Dies war ein Ort kommunistischer Verbrechen. [...] Historische Wahrheit und Wahrhaftigkeit sind ebenso unteilbar wie Menschlichkeit. Selektive Erinnerung ist selektive Bewertung und selektive Bewertung führt erst gedanklich und dann wirklich zur Selektion. [...] Ohne Prüfung von Schuld oder Unschuld wurden... nach 1945 Menschen in das Lager ge- und verschleppt; viele aufgrund von Urteilen, die auf Geständnissen beruhten, die in sie hineingeprügelt worden waren.“

Des weiteren wurden vorgetragen das diesjährige Vermächtnis von Überlebenden und Angehörigen der in Sachsenhausen

Prof. Wolffsohns auf und stellte fest, daß in Sachsenhausen das Gedenken an die Opfer der Kommunisten immer noch nicht anständig und wahrhaftig sei. Von Anfang an habe der Grundsatz gegolten, nur zu zeigen, was deutlich sichtbar ist, also nicht versteckt werden kann, wie z.B. die 15 kleinen Steinbaracken in der Zone 2, die von 54 zumeist größeren noch stehen. Nur sie sind in den Flyern der Gedenkstätte zu sehen – im Gegensatz zu den Baracken im Lagerdreieck (Zone 1), in dem sich während der NS-Zeit das Lager der KZ-Häftlinge befand. Hier werden alle ehemals vorhandenen 68 Baracken, auch die Vielzahl der nicht mehr vorhandenen, gezeigt. Deutliche Aussagen über das Nachkriegslager werden vermieden. So läßt die Gedenkstätte stets zu den „Jahrestagen der Verlegung des Speziallagers Nr. 7 von Weesow nach Sachsenhausen“ ein, anstatt zu den „Jahrestagen der Wiederinbetriebnahme des KZ durch die sowjetische Besatzungsmacht“. Die Bezeichnung des Gräberfeldes am Kom-

## Vermächtnis

Wir – Überlebende und Angehörige der Opfer kommunistischer Gewalt im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen - gedenken der Tausenden, die in den Massengräbern Am Kommandantenhof, An der Düne und im Schmachtenhäger Forst verscharrt worden sind.

Sie waren ohne Überprüfung von Schuld oder Unschuld durch diktatorische Willkür oder auf der Grundlage von Geständnissen, die in sie hineingefoltert worden waren, in das ehemalige KZ Sachsenhausen verschleppt und dort qualvoll zu Tode gebracht worden. Sie wurden anonym in Massengräbern verscharrt mit dem Ziel, sie dem ewigen Vergessen anheimzugeben.

Wir fordern:

Gebt den Toten ihre Namen an den Massengräbern Am Kommandantenhof zurück,

hebt die Anonymität durch Aufstellung von Tafeln mit den Namen der bisher Namenlosen auf,

errichtet einen Gedenkstein am Ort der Massengräber, der klar sagt, daß in den Massengräbern die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft liegen.

Macht Schluß mit dem selektiven Gedenken. Zeigt klar und deutlich, was Sachsenhausen lehren sollte:

Dies war ein Ort nationalsozialistischer Verbrechen.

Dies war ein Ort kommunistischer Verbrechen.

Nur die vollständige Erinnerung kann die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts erklären. Nur wer vollständig erinnert, dient der historischen Wahrheit und Wahrhaftigkeit, die ebenso unteilbar ist, wie die Menschlichkeit.

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger und die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, uns zu unterstützen.

Unser Ziel „Nie wieder“ kann nur Wirklichkeit werden, wenn Achtung des Anderen, Toleranz und Versöhnung selbstverständlicher Maßstab werden. Unser größter Wunsch: Friede über den Gräbern.

Wir bitten Sie alle, uns dabei zu helfen.

Bruder Abel?“ und dessen Antwort „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ Dr. Woronowicz sagte, diese kurze Geschichte zeige deutlich die Ursachen vieler Verbrechen. Am Anfang stehe die Gleichgültigkeit dem Nächsten gegenüber, aus der nicht selten das Verbrechen erwachse. Wer diese Zusammenhänge begreife, habe die Chance, Geschichte zu verstehen und gegebenenfalls in eine bessere Zukunft zu lenken. Damit sprach er etwas an, was unser aller großes Problem ist und uns schon lange beschäftigt. Die Gleichgültigkeit, mit der die Gesellschaft den Opfern der Kommunisten begegnet, und die Gleichgültigkeit, die schon bei der Verfolgung der Opfer der Nationalsozialisten eine große Rolle gespielt hat, wie bereits von Marita Pagels-Heineking thematisiert. Hier denken wir an ihre Worte: „Jede Geschichte eines Opfers beinhaltet stumm die Frage: Wie konntet Ihr dieses Unrecht zulassen?“ Eine Frage, die jeder für sich selbst beantworten muß.

Dr. Woronowicz brachte auch einige Exemplare seiner Schrift „Tagebuch 1958–1960 – Als Dorfpfarrer in Brandenburg“ mit, in dem er anschaulich die unerträglichen Zustände in der DDR beschrieben hat, vor allem den allgegenwärtigen Zwang der Partei, der eine freie Entwicklung und ein selbstbestimmtes Leben unmöglich machte und so viele Bürger zur Flucht in den Westen trieb. Ein sehr empfehlenswertes Buch (Mitteldeutscher Verlag, 176 S., 9,90 €). Die Veranstaltung endete mit einem von der Gedenkstätte Sachsenhausen in der Häftlingswäscherei bereitgestellten Imbiß.

Victoria Heydecke, Mariagnes Pense

und fühlen. So sagte sie u.a.: „Wir gedenken“ in Sachsenhausen „der Opfer zweier deutscher Diktaturen. Jede dieser vergangenen ... Menschenrechtsverletzungen muss benannt werden, das sind wir den Opfern schuldig. Das sind wir allen Opfern schuldig – allen Menschen, die hier in Sachsenhausen zu Tode kamen, die gelitten haben. Jede Bagatellisierung, jede Form von Relativierung ist eine weitere Menschenrechtsverletzung. Wenn wir etwas aus dem Holocaust gelernt haben: Wir haben eine moralische Verpflichtung, jede Missachtung von Menschenrechten anzuzeigen, anzuprangern und für die Menschenrechte einzutreten.“ Auch die Ausführungen von Hans-Joachim Schmidtchen, der die Qualen der Häftlinge sehr eindrücklich darstellte, wurden mit Beifall aufgenommen.

Den ökumenischen Gottesdienst gestalteten Pfarrer Christoph Poldrack, stellvertretender Superintendent des Kirchenkreises Oberes Havelland, und Pfarrer i.R. Alfons Bunk, Oranienburg. Beide fanden sehr einfühlsame Worte für die Opfer, die Überlebenden und die Angehörigen. Umrahmt wurde die Feier vom Posaunenchor Birkenwerder unter Leitung Joachim Weigerts.

Auf unserem Gang zur ehemaligen Häftlingswäscherei versammelten wir uns vor dem Gedenkstein am immer noch zugemauerten Tor zwischen der Zone 1 und der Zone 2. Hier erwartete uns bereits Dr. Ulrich Woronowicz, Pfarrer i.R., der eine kurze, aber bemerkenswerte Ansprache hielt. Er zitierte aus dem Alten Testament die Frage an Kain, der gerade seinen Bruder erschlagen hatte: „Kain, wo ist dein



Dr. Ulrich Woronowicz am Gedenkstein beim zugemauerten Tor zwischen den Zonen 1 und 2.

**Leserbriefe****Eingewiesen**

Zum Beitrag „Psychiatrie als Waffe“, Nr.6/2011, S. 12

Ich war 1961 wegen diverser politischer Paragraphen (Spionage, Hetze usw.) in Stasi-U-Haft. Diese „Straftaten“ hatte ich weder in Wort noch in Tat begangen. Man zwang mich mit unlauteren Mitteln, einen Teil dieser Vorwürfe protokollarisch zu „gestehen“. Als es zur Gerichtsverhandlung kam, widersprach ich allem. Auf die Frage des Richters zu meinen „Geständnissen“ erklärte ich, daß ich dazu gezwungen wurde. Mit dem Hinweis, daß

das MfS eine humanistische Behörde sei, so etwas nicht begehen würde und ich an einer krankhaften Fantasie litte, wurde ich in eine psychiatrische Anstalt in Thüringen eingewiesen. Dort war ich mit psychisch Kranken und Gewaltverbrechern in einer geschlossenen Abteilung untergebracht. Eine Ärztin forderte mich auf, meine Probleme niederzuschreiben. Ich schrieb, daß ich nach den Gesetzen der DDR unschuldig sei. Die Ärztin versprach

mir zu helfen. Anschließend wurde mir in einer äußerst schmerzhaften Prozedur Liquor aus der Wirbelsäule entnommen. Angeblich sei es für das Gesundheitsamt. Gerüchten nach waren in dieser Anstalt etliche „Patienten“ wegen Hetze eingewiesen. Als ich nach ein paar Wochen in die U-Haft zurückkam, lachte mich der Vernehmer aus und versprach mir bei weiterem ähnlichen Verhalten eine Dauererweisung. Bei der nächsten Gerichtsverhandlung wurde das Gutachten verlesen: Psychopath und für seine „Taten“ voll verantwortlich.

Helmut Graf, Berlin

**Menschenverachtend**

Ausgerechnet zum 50. Jahrestag des Mauerbaus schickten die Chefs der Linkspartei, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, in altbekannt dogmatischem SED- und Stasi-Jargon am 13. August Glückwünsche an den kommunistischen Diktator Fidel Castro zu dessen 85. Geburtstag.

Zusammen mit seinem blutrünstigen Klassengenossen Che Guevara errichtete er 1959 auf Kuba ein Gewaltregime, dem gleich am Beginn Zehntausende Bürger des Inselstaates zum Opfer fielen – darunter viele ihrer eigenen, jedoch demokratisch gesinnten Kampfgefährten. 1960 schufen diese „proletarischen Revolutionäre“ nach sowjetischem Vorbild die

ersten Konzentrationslager (UMAP), in denen die Insassen systematisch physisch und psychisch zerstört wurden.

Ganz im marxischen Sinne zerschlugen sie Privateigentum und Finanzwesen nebst historisch gewachsenen Verwaltungsstrukturen – und führten das Land in den Ruin. Um die „proletarische Revolution“ zu exportieren, wurde versucht, mit bewährter Guerillataktik in weiteren Ländern zu siegen.

Nachdem diese Versuche gescheitert waren (Guevara wurde 1967 in Bolivien hingerichtet), konnte Castro seine Macht nur noch mit massiver Unterstützung des Ost-

blocks – auch der DDR – erhalten. Nach dem Niedergang dieses Regimes sind Armut, Stillstand und Verfall auf Kuba unübersehbar. Systemkritiker werden weiter gefoltert und ermordet, Zehntausende versuchen das Land zu verlassen, scheitern jedoch meist bei der Flucht über das Meer.

Von „beispiellosen Errungenschaften“ und „unverbrüchlicher Freundschaft“ in jenem Gratulationsschreiben zu schwafeln, zeugt einmal mehr von der unglaublichen Menschenverachtung jener linken Mauernostalgiker um Löttsch, Ernst und Genossen.

Fritz Schüler, Heilbronn

**Ungleiche Behandlung**

Zum Beitrag „Anrechenbar oder nicht?“, Nr. 6/2011, S. 4

Dieser umfangreiche Artikel macht sehr deutlich, daß die Opfer von DDR-Willkür völlig allein gelassen werden, wenn sie zu ihrem Recht kommen möchten. Eine einzelne Person ist nicht in der Lage, diese verwirrenden Bestimmungen unseres Staates für sich zu deuten, um bei den Behörden Erfolg zu haben. Mit großer Sorgfalt und Mühe hat sich Elke Weise auf zwei Seiten bemüht, Betroffenen zu helfen. Beim Lesen dieses Artikels ist das oben Beschriebene besonders klar geworden. Widerspruch oder aber eine Klage wären mögliche Folgeschritte. Haben aber Opfer der Staatssicherheit solche Schwierigkeiten verdient? Hier ist dringend Veränderung nötig, zumal unter dem Gesichtspunkt, daß wir ja jedes Jahr weniger werden. Ein weiteres Unrecht gegenüber den Stasi-Opfern haben Sie

schon mehrfach beschrieben und Korrekturen angemahnt, aber bisher wurde das von der Regierungskoalition noch nicht hinreichend gewürdigt:

In unserem Fall (und da wird es einige Parallelfälle geben) wurde unser damals 22-jähriger Sohn in Sippenhaft genommen, indem er gemeinsam mit mir und meiner Frau von der Staatssicherheit verhaftet und zu 20 Monaten verurteilt wurde, nur, weil er der gleichen Meinung wie seine Eltern war. Wir drei gingen durch die Haftanstalten Erfurt, Weimar, Naumburg, Cottbus, Hoheneck und Chemnitz. Unmittelbar nach Eintreffen in der Bundesrepublik begann unser Sohn, ebenso wie seine Eltern, mit der Berufstätigkeit und beanspruchte keine staatlichen Hilfsleistungen. Er ist heute 49, verheiratet

und hat zwei Töchter. Bis zum heutigen Tage ohne Unterbrechung tätig, fühlt er sich bestraft, weil die Freie Hansestadt Bremen ihm keine Opferpension bewilligt hat. Warum werden die Opfer so ungleich behandelt?

Wir meinen, daß ein junger Mensch erheblich mehr gelitten hat und die damaligen Machenschaften überhaupt nicht verstehen konnte, die mit sofortiger Wirkung eine absolute Trennung von Freundin, Freunden und Eltern erzwangen, ihn Einzelhaft, endlosen Vernehmungen und Schikanen aussetzten. Ob das alles und all die anderen Leiden, die wir ertragen mußten, den Gremien bekannt sind, die eine Opferpension bewilligen, scheint uns zweifelhaft. Wir sind im Besitz von (bisher 25 kg Stasi-Akten, und können in allen Details nachweisen, worüber wir zu berichten haben.

Reinhard Schwartz, Bad Zwischenahn

# Spendenaufruf

Liebe Förderer, Freunde und Kameraden der UOKG,

mehr als zwanzig Jahre nach dem Untergang der SED-Diktatur erdreisten sich Politiker der Linken gemeinsam mit RAF-Tätern, unverblümt nach „Wegen zum Kommunismus“ zu suchen. Gleichzeitig begegnen uns einstige Stasi-Denunzianten als leitende Beamte im bundesdeutschen Polizeidienst, als Richter oder sogar als Mitarbeiter in Behörden, die der Aufarbeitung des SED-Unrechts verpflichtet sind. Die UOKG leistet in dieser Situation vernehmbaren Widerstand. Das gehört zu ihren wichtigsten Aufgaben. Bis heute leiden die meisten Opfer des SED-Regimes an den Langzeitfolgen von Haft, Zersetzung und Entrechtung. Unsere Beratungsstellen tun hier einen hervorragenden und unverzichtbaren Dienst an den Betroffenen. Viele Opfer würden sonst in der bürokratischen Maschinerie nie zu ihrem Recht kommen.

Dankenswerter Weise haben wir Möglichkeiten, öffentlich auf unsere Probleme aufmerksam zu machen und unserer Stimme Gehör zu verschaffen. So haben Millionen Fernsehzuschauer die Worte des UOKG-Bundesvorsitzenden zur Einleitung der Schweigeminute am 13. August 2011 vernommen. Unser Dachverband wird von führenden Politikern in Fragen der Aufarbeitung zu Rate gezogen und als Experte von den Abgeordneten im Bundestag gehört.

Um den Opfern der kommunistischen Terrorherrschaft und den Widerstandskämpfern gegen das SED-Unrechtsregime auch zukünftig die Möglichkeit zu öffentlichem Einfluß und zur Hilfe für die Kameraden zu geben, sind wir dringend auf Ihre Spenden angewiesen. Um unsere Beratungstätigkeit und Aufklärungsarbeit fortzusetzen, brauchen wir Eigenmittel, die wir nur durch Ihre Spenden aufbringen können. Ohne diese Mittel ist unsere Beratungstätigkeit in Frage gestellt. Deshalb bitte ich auch in diesem Herbst um eine großzügige Spende für die UOKG. Wie immer können Sie Ihre Spenden steuerlich absetzen.

Mit freundlichem Gruß  
Rainer Wagner  
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel)

# Bester Film

(st)Der Dokumentarfilm „Das Staatsverbrechen“ unter Regie von Peter Gallasch hat den Sprung auf die Bundesebene des nichtprofessionellen Films geschafft. Beim Bundesfestival für Dokumentarfilme des Bundes Deutscher Film-Autoren in Bad Liebenstein trat der Film im Mai dieses Jahres mit 54 weiteren Produktionen in Wettstreit. Die Fachjury beurteilte ihn als besten Beitrag.

In diesem Film schildert Baldur Haase, geboren 1939, die Zeit seiner politischen Verfolgung und Haft unter dem SED-Regime in der DDR als Heranwachsender. Eine Brieffreundschaft mit einem gleichaltrigen jungen Mann in Nordrhein-Westfalen und die Beschäftigung mit George Orwells Roman „1984“ waren ihm zum Verhängnis geworden. Staatssicherheit und Justiz stempelten ihn als Staatsverbrecher ab.

# Einladung

Liebe Kameradinnen und Kameraden von BSV und VOS, wir laden Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschluß-Veranstaltung ein: am Sonnabend, dem **5. November 2011**, 10.00 Uhr, nach Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links), Einlaß 9.30 Uhr.

Wir wollen Rückblick auf die Jahre 2010 und 2011 nehmen, zu aktuellen Themen der Rehabilitation informieren und die Situation der VOS bzw. der ehemaligen politisch Verfolgten diskutieren. Gelegenheit zur Diskussion und die Begegnung mit Leidenskameraden stehen dabei im Vordergrund.

Wir freuen uns auf Euer Kommen. Teilnahmebestätigung bitte an VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, oder telefonisch unter (03 72 09) 804 81

Der Vorstand der VOS Chemnitz/  
Hohenstein-Ernstthal/Stollberg

**Bestätigung** über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von \_\_\_\_\_ € am \_\_\_\_\_

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin – Steuernummer 27/679/50198 – vom 14. Dezember 2009 als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A. Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Bis zu einem Betrag von 100 € gilt diese Bestätigung zusammen mit dem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Für Zuwendungen über diesen Betrag wird eine Zuwendungsbescheinigung zugesandt (bitte im Überweisungsträger die Anschrift angeben).

## Überweisung/Zahlschein

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts Bankleitzahl

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)  
**U O K G e. V.**

Konto-Nr. des Begünstigten Bankleitzahl  
**7 3 4 2 7 2 8** **1 0 0 7 0 0 2 4**

Bitte deutlich schreiben! Beleg wird maschinell gelesen.

Kreditinstitut des Begünstigten  
**D t. B a n k B e r l i n**

**EUR** Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden – (nur für Begünstigten)  
**(g e m e i n n ü t z i g e) S p e n d e**

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers **20**

1820 421 337 DGVVERLAG 12.06

Schreibmaschine: normale Schreibweise.  
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Datum, Unterschrift

## Sylvia Brigzinsky

\* 12.06.1935 † 06.07.2011



Sylvia Brigzinsky.

Sie war 10 Jahre alt, als der NKWD in Wittstock eine Vielzahl von Menschen verhaftete, darunter ihren Vater. Er war spurlos verschwunden und sie hat ihn unermüdlich gesucht.

Schon nach Schließung des Lagers Sachsenhausen Anfang 1950 begann sie damit und klärte daneben zahlreiche andere Schicksale auf. Als 1990 die Massengräber im Schmachtenhagener Forst gefunden wurden, war sie eine der ersten, die dort hingingen. Sie hat hier viele Kontakte geknüpft, z.T. durch Nachrichten, die an Bäumen befestigt wurden. So wurde sie zu einer der Gründerinnen der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen.

Sie war es auch, die den großen Findling entdeckte, der heute am Eingang an die Toten in der Erde des Schmachtenhagener Forstes erinnert, und die veranlaßte, ihn dorthin zu bringen.

Wir haben ihr viel zu danken und werden sie nie vergessen.

Für die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen

Victoria Heydecke, Mariagnes Pense

## „Bevor wir uns versöhnen...“

*Über das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern des SED-Regimes im Jahr 2011*

Zu diesem Thema veranstaltet die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) am

**Dienstag, dem 15. November 2011, 19.00 Uhr,**

eine Podiumsdiskussion mit Landesbischöfin Ilse Junkermann, Stephan Hilse, Ulrike Poppe und Rainer Wagner.

Ort: Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

## Suchanzeigen

### Zwangsadoption

Ich suche Zeitzeugen (Interviewpartner) zum Thema Zwangsadoption in der ehemaligen DDR. Ich bin freie Autorin in Berlin und arbeite seit drei Jahren an einem Buchprojekt über Zwangsadoption.

Bei Interesse bitte melden unter Tel. (015 77) 956 74 57 oder E-Mail v.struever@gmx.de

Verena Strüver

### Stasi-Opfer

Mein Name ist Tommaso Tanini, ich bin Fotograf, und meine Wurzeln liegen zur Hälfte in Italien und zur anderen in Ungarn.

Im September 2011 begann ich mit einem Projekt, in welchem ich in Fotoserien Opfer der Staatssicherheit ablichtete.

Ein Teil meiner Familie hat während und unter dem kommunistischen Regime in Budapest gelebt, und gerade diese Tatsache brachte mich dazu, über diese Vergangenheit zu recherchieren und sie durch meine Fotografie am Leben zu erhalten. Mein Interesse und meine Neugier sind dem entsprechend sehr persönlich.

Ich bin auf der Suche nach Personen, die von der eigenen Familie oder vom engen Bekanntenkreis ausspioniert oder sogar angezeigt wurden.

Da mir die Schwierigkeiten des Themas und der darin involvierten Personen bewußt sind, ist es mir besonders wichtig, vertrauensvoll und verantwortungsbewußt mit diesem Thema umzugehen.

Ich lebe zur Zeit in Italien, aber ich werde in den nächsten Monaten oft in Berlin sein, um mit meinem Projekt voranzukommen.

Für weitere Fragen: E-Mail tommi-nok@gmail.com, Tel. (00 39) 33 33 94 14 76, skype: il-magiario

## Fünf Jahre einer Jugend

Am 2. Mai 1950 kam ein Güterzug aus Brest-Litowsk/Sowjetunion in Frankfurt/Oder an. Ihm entstiegen mehrere hundert Männer, die Anfang April in Stalinsk-Kusnezsk (Sibirien) auf die Reise gegangen waren. Darunter auch ich, ein 21-jähriger junger Mann. Am nächsten Tag meldete die DDR-Presse, damit seien nun alle Kriegsgefangenen nach Hause zurückgekehrt. Nur wenige Kranke und die als Kriegsverbrecher Verurteilten wären noch in der Sowjetunion. Tatsächlich jedoch waren von unserem Zug etliche Leute in Brest-Litowsk zurückgeblieben, weil der Anschlußzug nach Deutschland nicht alle hatte aufnehmen können. Sie sind erst zwei Jahre später, im Mai 1952, nach Deutschland zurückgekehrt. Da nach einer Liste aufgerufen worden war, entschied die Stellung des Namens im Alphabet über den Zeitpunkt der Heimkehr – Grausamkeit des Schicksals!

Am 24.10.1945 war ich als 16-Jähriger aus der Schule weg von der deutschen Miliz verhaftet und der sowjetischen Militärkommandantur übergeben worden. Einen Haftbefehl gab es nicht! Aus meinem Wohnort Großbräschen/Niederlausitz teilten damals die meisten Jungen zwischen 12 und 17 Jahren mein Schicksal. Die Mehrzahl von ihnen ist in der nachfolgenden Gefangenschaft elendig umgekommen. Im sogenannten GPU-Keller in der Kreisstadt Calau wurde mir unter Foltern das Geständnis abgepreßt, ich sei als Werwolf tätig gewesen, was nicht einmal ansatzweise der Wirklichkeit entsprach. Ich hatte nie eine Waffe auf einen Menschen gerichtet. Später widerrief ich in Cottbus vor einem Militärgericht meine Aussagen. Daraufhin schlug man mich nieder und schleifte mich in meine Zelle zurück. Wenig später brachte man mich in das Sowjet-KZ Ketschendorf. Dort war ich zusammen mit etwa 1200 anderen Jugendlichen in einem ehemaligen 6-Familien-Wohnhaus zusammengepfercht. Die restlichen Häuser waren von erwachsenen Gefangenen belegt. Die ersten Nächte mußte ich auf einer Betonstufe der Kellertreppe schlafen, bis durch Todesfälle ein Platz unter einer Pritsche im Keller frei wurde, von der nachts Wanzen herabfielen. Wir schliefen auf Betonboden oder Holzpritschen, alle dicht an dicht auf einer Seite liegend. Es gab keinerlei Bettzeug. Wenn jemand sich umdrehen wollte, weil er es vor Schmerzen am durchgelegenen Beckenknochen nicht mehr aushalten

konnte, mußten sich alle anderen auch umdrehen. Während die Erwachsenen zu Arbeiten herangezogen wurden, die zur Aufrechterhaltung des Lagers notwendig waren (z.B. die Toten in großen Massengräbern verscharren), blieben wir Jugendlichen zum Nichtstun verdammt. Die Verpflegung war so schlecht und gering, daß in kurzer Zeit entsprechende Mangelkrankheiten auftraten. Geschwüre und Eiterstellen wurden mit Chlorwasser abgewaschen, andere Medikamente gab es nicht.

Ende 1946 wurde ich zusammen mit anderen zu einer „medizinischen“ Untersuchung geholt, die wir „Arschbackendiagnose“ nannten, weil sie aus nichts anderem bestand, als daß eine Ärztin hineinkniff. Anschließend wurden wir gesondert untergebracht, ohne zu wissen, was mit uns geschehen würde. Wir bekamen Winterkleidung. Bis dahin hatte ich seit der Verhaftung Tag und Nacht in denselben Sachen gelebt, die nie gewaschen wurden. Am 31. Januar 1947 fuhren wir dann von Frankfurt/Oder in Viehwaggons weg, die keine Fenster besaßen und immer verschlossen waren – einem uns unbekanntem Ziel entgegen. Die Verpflegung bestand überwiegend aus Trockenbrot, Salzheringen und Tee. Letzterer war so knapp, daß einige ihren eigenen Urin getrunken haben. Schließlich leckten wir den Rauhfleisch von den Wänden ab. Die Wandflächen teilten wir untereinander auf.

Nach einem Kurzaufenthalt in Moskau zum Waschen und Entlausen hielt unser Zug am 6.3.1947 in Prokopjewsk/Sibirien, nach fünf Wochen Fahrt, die ich nur im Sitzen zugebracht habe, weil im Wagon kein Platz zum Liegen war. Ich stieg aus und fiel vornüber in den Schnee, den ich mit den Händen in den Mund schaufelte; genauso die anderen. Diesmal tatsächlich zu unserem Wohl, prügelten uns die Wachposten hoch, denn wir wären daran gestorben.

Unsere Unterkunft bestand aus in die Erde gegrabenen Holzhäusern. Nur das Dach schaute heraus. Es war ein großer Raum, in dem stählerne Doppelstockbetten standen. Hier schlief ich, zum ersten Mal seit meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945, wieder in einem Bett. Unsere Kleidung bestand im Sommer aus leinener Unterhose, Unterhemd, Hose und



Wolfgang Lehmann im Mai 1950.

Bluse, Fußlappen und Gummigaloschen. Für den Winter wurde die leinene Oberbekleidung gegen wattierte Hosen und Jacken sowie die Galoschen gegen Filzstiefel ausgetauscht. Persönlichen Besitz durften wir nicht haben.

Bei der Einteilung in Arbeitskommandos kam ich glücklicherweise zum Sägewerk, das sich gleich neben unserem Lager befand, nur durch einen hohen Bretterzaun und zwei Stacheldrahtzäune getrennt. Damit blieben mir weite Fahrten auf offenem Lkw, auch bei Schneesturm, zu anderen Arbeitsstätten erspart. Die tiefste Temperatur, die wir dort erlebten, war  $-42^{\circ}\text{C}$ . Ab  $-20^{\circ}\text{C}$  durfte man sich nach 50 Minuten Arbeitszeit im Freien 10 Minuten in einem Wärmeraum aufhalten.

Im Sommer 1948 konnten wir zum ersten Mal auf einer Karte des Internationalen Roten Kreuzes an unsere Angehörigen schreiben. Damit erfuhr meine Mutter nach fast drei Jahren, daß ihr Sohn noch am Leben war. Gegen Ende 1949 wurde unser Lager aufgelöst. Genau am Weihnachtsabend kam ich nach Stalinsk-Kusnezsk, wo ich wieder in einem Sägewerk arbeitete, bis ich endlich am 8. April 1950 in einem Güterzug saß, der sich Richtung Europa in Bewegung setzte.

Unsere Personalakten aus Sibirien, die heute noch in Moskau in einem Staatsarchiv „gehütet“ werden, sind nach Dekret von Boris Jelzin für 75 Jahre unter Verschluss zu halten. Warum wohl?

Wolfgang Lehmann

## Als CIA-Agent in der DDR

Es dürfte das erste Mal sein, daß ein einstiger DDR-Bewohner ganz offen über seine frühere Spionagetätigkeit für den US-Geheimdienst schreibt. Sein Buch ist damit ein interessantes Zeitdokument aus den Jahren des Kalten Krieges. Wie viele seiner Altersgenossen war auch der Autor als Jugendlicher gegen das DDR-System eingestellt. Seine Sympathien galten dem freiheitlichen Westen, wobei er nach eigenen Worten „von dem Kraftpotential der Amerikaner zutiefst beeindruckt war“.

Als 24-Jähriger traf er in Prag einen Österreicher, mit dem er sich in den folgenden Jahren durch eine innige Freundschaft verbunden fühlte. Im April 1975 brachte dieser zunächst allgemein Personen zur Sprache, „die Interesse an Informationen hinsichtlich bestimmter Beobachtungen hätten“. Bald erklärte er, es handle sich um Transporte der sowjetischen Streitkräfte und der NVA. „Das hätte nichts mit Spionage zu tun und wäre ungefährlich“, habe er beschwichtigend hinzugefügt. Der Verfasser willigte ein, angesichts des stets generösen Verhaltens seines Freundes fühlte er sich in dessen Schuld und wollte auch „beweisen, wozu ich fähig war“.

Im September des gleichen Jahres wurde er eingeladen in einen kleinen Ort am ungarischen Plattensee, um dort

das Spionage-ABC zu lernen. Er bekam ein Kofferradio mit drei Kurzwellenbereichen: Jeweils an zwei Wochentagen, zu bestimmten Zeiten und auf vereinbarter Frequenz erhielt er 20 bis 30 Fünfer-Zahlenblöcke, die er dann mit Hilfe eines Zahlencode-Buches in seine Aufträge von der CIA übersetzte. So sollte er auf die Kragenspiegel der Soldaten (und damit auf deren Waffengattung), die Anzahl der Panzer und die Anzahl ihrer Achsen (und damit auf deren Typ) sowie deren Sauberkeit achten (waren sie verschmutzt, ließ dies auf eine größere Übung schließen). Er selber hatte an drei Deckadressen in der Bundesrepublik Geheim-Briefe zu schreiben: Äußerlich wirkte der Klartext eines solchen Briefes unverfänglich, auf der Rückseite indes wurde der Geheimtext mit einer bestimmten Chemikalie aufgebracht. Über einen „Toten Briefkasten“ – ein Versteck am Königsheideweg in Berlin-Treptow – bekam er ein Identifizierungsbuch über modernste sowjetische Militärtechnik sowie für seine Spesen ein Bündel DDR-Mark. Der Deckname des Autors war „Helmut Prantl“. Lernen mußte er nicht zuletzt den Gebrauch einer Cover-Story, mit der er jeweils den Grund seiner Anwesenheit an gefährlichen Orten erklären konnte.

Sah er sich anfangs noch als „verdeckt arbeitenden Freiheitskämpfer der west-

lichen Welt“, so mißfiel ihm bald das Verhalten der CIA, von der er sich als bloßer Befehlsempfänger behandelt sah. Ende 1978 bat er, seine Arbeit beenden zu dürfen. Man erklärte sich einverstanden und forderte die Vernichtung aller Spionage-Unterlagen – was er dummerweise nicht tat.

Ein weiterer Fehler war, daß er in einem Geheim-Brief eine Ungarn-Reise erwähnte. Der Brief war durch die DDR-Postzensur gegangen, und schließlich stieß das MfS auf ihn. Im Juni 1979 erfolgte seine Festnahme, und im Mai 1980 wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahre verurteilt. Hatte der Österreicher ihm einst eingeredet, notfalls würden die Amerikaner ihn aus der DDR herausholen, so sah die Realität nun ganz anders aus. Indes hatte Washington ihn nicht vergessen: Am 11. Juli 1985 war auch er beim größten Gefangenen-Austausch auf der Glienicker Brücke mit dabei. Vom State Departement kam John Kornblum in den Omnibus zu den DDR-Gefangenen und bestellte Grüße von Präsident Reagan. „Es war so, als ob der Liebe Gott dir die Hand gibt.“ Heute lebt der ehemalige Agent mit seiner Familie irgendwo in Berlin.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....  
*Eberhard Fätkenheuer: Die Brücke in die Freiheit, Grille Verlag, Berlin 2011, 190 S., 12,- €*  
 .....

## Englisches Tagebuch

Als Bärbel Bohley im September 2010 in der Uckermark starb, war ihr „Englisches Tagebuch“ noch nicht veröffentlicht, ihre Freundin Irena Kukutz hat es nun aus dem Nachlaß herausgegeben. Es geht um das spannende Jahr 1988, in dem sich vieles entwickelte, was schließlich mit zur friedlichen Revolution von 1989 führte. Die Autorin hatte damals nicht die deutsche Einheit im Blick, sie hoffte auf eine reformierte und demokratische DDR als Alternative zur Bundesrepublik. Trotzdem benennt sie immer wieder die totalitäre Unterdrückung im SED-Staat, die ihr besonders im Vergleich zu westlichen Systemen auffällt.

Eine typische Situation mit westlichen Intellektuellen erlebt sie in Tübingen. Als sie Walter Jens besuchen will, fertigt der sie vor der Tür ab, weil Stephan Hermlin bei ihm zu Besuch ist. Bohley schreibt

verärgert: „Die Akademiemitglieder unter sich. Alles ist versumpft, und wir sind mit unserem Schweigen beteiligt.“ Sie verschweigt nicht die Spannungen zwischen den Bürgerrechtlern, die oft nicht verstehen, warum sie und andere in den Westen gegangen sind. Kritisch äußert sie sich auch über Bischof Forck, der an den Modalitäten ihres „Studienjahres in England“ mitwirkte. Oft durchzieht das Buch eine tiefe Traurigkeit, weil sie fühlt, wie diktatorisch die SED agiert und weil sie trotzdem zurück in ihre Heimat möchte. Die Trauer gilt auch den in der DDR eingesperrten Menschen: „So eine schöne Landschaft, und immer wieder habe ich an alle zu Hause denken müssen, die um dies seit Jahren betrogen werden.“

Sicher kann man Bärbel Bohley kritisch sehen, etwa wenn sie in der Nacht der Maueröffnung sagt: „Die Menschen sind

verrückt geworden und die Regierung hat den Verstand verloren.“ Doch dieses „Englisches Tagebuch“ ist beeindruckend in seiner Emotionalität und Dichte. Das Vorwort von Irena Kukutz zeigt den Werdegang der Veröffentlichung, und ein „Nachbericht“, den Klaus Wolfram schrieb, ordnet das Tagebuch ein in den historischen Kontext.

Eine sehr persönliche Ergänzung der Literatur über den Zusammenbruch der SED-Diktatur.

Anton Odenthal

.....  
*Bärbel Bohley: Bärbel Bohley – Englisches Tagebuch 1988. Hg. I. Kukutz, BasisDruck, Berlin 2011, 175 S., 14,00 €*  
 .....



## Veranstaltungen

9.10. (So), 15.00 Uhr:

**Geschichte von Jenseits des Eisernen Vorhangs.** Diktatur und Widerstand in Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien und der DDR 1945-1989. Eröffnung der Freiluftausstellung in Anwesenheit von Roland Jahn, BStU, u. Basil Kerski, Direktor d. Europäischen Zentrums Solidarność; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Nikolai-kirchhof, 04109 Leipzig

9.10. (So), 21.00-23.00 Uhr:

**Nacht der offenen Tür.** „Angst vor Solidarność“, Ausstellungen und Veranstaltungen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.10. (Mo), 18.45 Uhr:

**Dableiben oder Weggehen?** Ausreise und Flucht aus der DDR. Podiumsgespräch und Lesung mit Roland Jahn, BStU, Siegmund Faust, Menschenrechtszentrum, Christoph Polster, Pfarrer d. Oberkirche St. Nikolai Cottbus; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Oberkirche St. Nikolai, Oberkirchplatz, 03046 Cottbus

11.10. (Di), 19.00 Uhr:

**Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden.** Schicksale in Ostdeutschland 1945-1989. Zeitzeugenreihe. Der Fall Jürgen Eggert. Mit Jürgen Eggert; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte d. BStU in der ehemaligen U-Haft der Stasi, Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

12.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Das Recht auf Selbstbestimmung als Befreiung und Repression.** Von Kant zu Marx und Stalin. Vortrag v. Eric Weitz, University of Minnesota; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.10. (Do), 19.30 Uhr:

**Frühkindliche Erziehung zum „neuen sozialistischen Menschen“.** Vortrag u. Gespräch mit Renate Ellmenreich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

17.10. (Mo), 19.30 Uhr:

**Von einer Höhle in die andere.** Jüdische Opfer im Nationalsozialismus und Stalinismus. Buchvorstellung mit Herausgeberin Ingrid Damerow; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Studio im Hochhaus, Zingster Str. 25, 13051 Berlin (Nähe S-Bhf. Hohen-schönhausen)

18.10. (Di), 19.00 Uhr:

Buchvorstellung **„Vereister Sommer – Auf der Suche nach meinem russischen Vater“** mit Autor Ulrich Schacht; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/

## Jáchymov

## Josef Haslingers neuer Roman

Der Schriftsteller Josef Haslinger, geboren 1955 im niederösterreichischen Zwettl, wurde 1995 mit seinem in Wien spielenden Roman „Opernball“ bekannt. Seit 1996 lebt er in Leipzig, wo er am 1955 gegründeten Literaturinstitut unterrichtet. Sein neuer Roman, der am 12. August erschienen ist, trägt den schlichten Titel „Jáchymov“, was der tschechische Name der nordböhmisches Stadt Joachimsthal ist. Sie wurde 1516 von Deutschen gegründet, die im 16. Jahrhundert durch den Abbau reicher Silbervorkommen im Erzgebirge zu Wohlstand und Ansehen gelangten. Nach Prag war Joachimsthal damals, vor dem Dreißigjährigen Krieg 1618/48, die bedeutendste Stadt im Königreich Böhmen. Auch als Heilbad hatte Joachimsthal einen internationalen Ruf.

Nachdem 1898 das französische Forscherpaar Marie und Pierre Curie im Uranpech das Element Radium entdeckt hatte, wurde seit 1908 in den Joachimsthaler Bergwerken Uranpecherz zur Radiumgewinnung gefördert, was mit starken Gesundheitsschäden für die Bergleute verbunden war. Die Schutzvorrichtungen waren derart mangelhaft, daß sie den Strahlungen radioaktiver Gesteinsschichten ausgesetzt waren, was zu Verstrahlungen mit Karzinom-Bildung führte und mit dem Begriff „Joachimsthaler Krankheit“ bezeichnet wurde. An dieser Krankheit, die oft zum Tode führte, litten nach dem Krieg auch Hunderte junger Sudetendeutscher, die als Zwangsarbeiter unter Tage geschickt worden waren.

In Josef Haslingers neuem Roman werden diese Zustände im Uranbergbau, der auch auf deutscher Seite vehement betrieben wurde, drastisch beschrieben. Die sowjetrussische Besatzungsmacht benötigte damals dringend Uranerz zur Produktion von Atombomben, um mit der amerikanischen Rüstungsindustrie gleichziehen zu können, weshalb Arbeitskräfte – Zivilisten und Häftlinge in gleicher Weise – rücksichtslos ausgebeutet wurden. In seinem Roman „Rummelplatz“ (2007), der erst Jahre nach dem Mauerfall 1989 erscheinen konnte, hat der DDR-Schriftsteller Werner Bräunig (1934-1976) diese Jahre der Ausbeutung und Erniedrigung auf der sächsischen Seite des Erzgebirges auf 712 Seiten eindrucksvoll geschildert.

Josef Haslinger erzählt seine Geschichte aus mehreren Perspektiven. Da gibt es

den Wiener Verleger Anselm Findeisen, der von seinem Arzt zur Kur nach Jáchymov geschickt wurde. Dort lernt er eine Tänzerin kennen, die die Tochter des Bauingenieurs Bohumil Modrý ist, den es tatsächlich gegeben hat und der nach dem Krieg ein berühmter Eishockeyspieler wurde. Sie erzählt ihm vom grausamen Schicksal ihres Vaters, der ein berühmter Sportler war, bis er in Ungnade fiel und wegen „Verschwörung“ gegen die neuen Machthaber zu 15 Jahren Zwangsarbeit im Uranbergbau verurteilt wurde. Die neuen Machthaber waren die Kommunisten, die 1948 durch einen Staatsstreich an die Macht gelangten und sich ihrer Gegner auch auf diese Weise entledigten. Im Arbeitslager wurde Bohumil Modrý geschunden, bis seine letzten Kräfte aufgebraucht waren, und als gebrochener Mann 1955 entlassen. Er starb an der „Joachimsthaler Krankheit“ am 21. Juli 1963, gerade 46 Jahre alt.

In einem Interview äußerte Josef Haslinger am 5. August: „Mir war das Ausmaß der Zwangsarbeit in den Uranminen nicht bekannt.“ Wer es wissen wollte, wie dort mit politischen Häftlingen umgegangen wurde, hätte es wissen können, wenn er die richtigen Leute befragt hätte. Die Sudetendeutschen wußten es. Der Münchner Verleger Herbert Fleissner, der 1928 in Eger geboren wurde, war auch zum Einsatz im Joachimsthaler Uranbergbau vorgesehen, konnte aber fliehen. Wie er mir erzählte, ist von seinen Kameraden, die im Sammellager zurückblieben, nicht einer zurückgekommen!

Josef Haslinger ist für diesen Roman am 25. September mit dem Rheingau-Literaturpreis 2011 ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10 000 Euro und 111 Flaschen Rheingauer Riesling dotiert.

Jörg Bernhard Bilke

.....  
*Josef Haslinger: Jáchymov, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2011, 272 S., 19,95 €*  
 .....



Denkmal für die Opfer des Arbeitslagers in Jáchymov.

## Kein Haß – nur Trauer



Wenn ein Leben nur lang genug dauert, neunzig, hundert oder gar hundertundein Jahr, wie das des Schriftstellers und Psychoanalytikers Hans Keilson, dann kann man nach Schmähungen, Verfolgung, Flucht ins Exil und den Untergrund von den Nachkommen derer, von denen ihm viele nach dem Leben getrachtet haben, sogar eine Ehrenbürgerschaft verliehen bekommen. Und man kann sich an den Sonnenstrahlen späten Ruhmes wärmen. So widerfahren dem vielleicht letzten Exilautor, der in den dreißiger Jahren Deutschland verlassen mußte, um das nackte Leben zu retten. Dabei hatte sich für ihn 1933 mit seinem Debüt im Fischer Verlag eine vielversprechende schriftstellerische Karriere angedeutet. Doch mit seinem autobiographischen Roman „Das Leben geht weiter“ gehörte der ab 1934 verbotene Autor zu den in Deutschland Verfeimten. Geschuldet einzig einem rassistisch ausgerichteten Maßnahmenkatalog der braunen Herrenrasse.

Da Hans Keilson in all seinen Romanen und Erzählungen die Zuordnung seiner Protagonisten zu einer bestimmten Ethnie durchgängig vermeidet, hebt er das Geschehen auf eine allgemeingültigere Ebene. In „Das Leben geht weiter“ schildert er den wirtschaftlichen Niedergang seines Vaters, eines Textilkaufmanns, in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und des heraufziehenden Unheils, des Scheiterns der Weimarer Republik und der bevorstehenden Machtübernahme durch die Nazis. Keilsons erzählerische Begabung besteht unter anderem darin, kaum etwas und jemanden beim Namen zu nennen, und dennoch ein Zeitgemälde von bestechender Klarheit entstehen zu lassen. In seinem bereits in der Kriegszeit entworfenen Roman „Der Tod des Widersachers“, der nicht zwingend in diese literarische Kategorie eingeordnet werden muß, schildert er fast schon psychoanalytisch die Atmosphäre, in der sich die Grenzlinien zwischen Opfern und Verfolgern allmählich herausbilden.

Selbst beinahe siebzig Jahre nach dem Ende der Shoa sind die historische und literarische Aufarbeitung der Naziverbrechen noch immer ein interessantes Thema, das es zu beackern gilt. Warum wohl? Viele Gründe ließen sich anführen. Vor allem die Notwendigkeit, den Opfern ein Denkmal zu setzen und der Rolle der Literatur als Gedächtnis der Menschheit

gerecht zu werden. Damit etwas vergleichbar Verbrecherisches nie wieder möglich sein soll! Sollte. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Das Böse blüht sowohl im Verborgenen wie auch im öffentlichen Raum. Osteuropa befindet sich bereits in einer Folgephase an Aufarbeitungsnotwendigkeit, der Bewältigung kommunistischer Verbrechen. Seilschaften gab es nicht nur unter den alten Nazis, sondern gibt es auch unter den altgedienten Kadern kommunistischer Überzeugungstäter. Neu scheint nur zu sein, daß Funktionsträger der Politischen Polizei es geschafft haben, sich bis auf den heutigen Tag just in jener Behörde als fleißige Staatsdiener zu behaupten, die doch eigentlich mit Hilfe der Opfer die Arbeit der Täter beleuchten sollte. Man stelle sich ehemalige Gestapo-Offiziere und SS-Angehörige als emsige Mitarbeiter im Simon Wiesenthal Center vor. Absurd allein schon der Gedanke.

Es gibt Bücher, die Jahrzehnte brauchen, um sich ins Bewußtsein der Leser einzubrennen. „Der Tod des Widersachers“ ist ein solches. Ebenso die Erzählung „Komödie in Moll“, worin von der tragikomischen Entsorgung eines im holländischen Versteck verstorbenen Untergetauchten, offensichtlich eines Juden, berichtet wird.

Die Schuld für das eigene Versagen dem anderen anzulasten, ihn deshalb auszugrenzen, zu verfolgen, ja, zu vernichten, gehört zu den Lebensstrategien vermeintlich Zu-kurz-Gekommener. Als Psychoanalytiker sind Hans Keilson derartige Verhaltensmuster bekannt und vertraut. Fast schon hilflos bekennt er in der kurz vor seinem Tod erschienenen Autobiographie „Da steht mein Haus“ seine Unfähigkeit zu hassen. Er könne in Anbetracht des seinem Volk Widerfahrenen nur Trauer empfinden.

Hans-Henning Paetzke

.....  
*Hans Keilson: Sämtliche Romane und Erzählungen, Fischer TB Verlag, 2. Aufl. 2011, 587 S., 12,95 €*  
 .....

.....  
*Hans Keilson: Da steht mein Haus, Hg. Heinrich Detering, Mit einem Gespräch zwischen Hans Keilson und dem Herausgeber, S. Fischer, 2011, 141 S., 16,95 €*  
 .....

## Veranstaltungen

Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

25.10. (Di), 14.00 Uhr:

**Ausgewählte Aspekte des Betreuungsrechts.** Anschließend Gesprächsrunde zu allgemein interessierenden rechtlichen Fragen. Mit Elke Weise; Veranstaltung BSV-Förderverein u. BSV LV Berlin-Brandenburg; Ort: Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 22, 10365 Berlin

25.10. (Di), 19.00 Uhr:

**Die verlängerte Mauer.** Wie zwei Hildburghäuser die Flucht über Bulgarien mit ihrem Leben bezahlten. Vortrag u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Stadt- und Kreisbibliothek Hildburghausen, Markt 25, 98646 Hildburghausen

26.10. (Mi), 10.00-16.00 Uhr:

**Heimerziehung in der DDR.** Fachtagung der Landesbeauftragten Brandenburg (LAKD) u.a.; Ort: Brandenburgsaal der Staatskanzlei, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam; Anmeldung bis 19. Oktober erforderlich, unter DDR-Heimerziehung@mbjs.brandenburg.de

26.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Stalinistischer Terror in der Volksrepublik Polen.** Vortrag v. Piotr Madajczyk, Warschau; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**Die SED als „Herr im eigenen Haus“.** Justizterror nach dem Mauerbau. Mit Dr. Falco Werkentin u. Zeitzeugen; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Landgericht Berlin, Littenstr. 12, Berlin-Mitte

26.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**„Roland Jahn. Ein Rebell als Behördenchef“.** Buchpremiere mit Autor Gerald Praschl, Ulrich Schwarz u. Peter Wensierski; Veranstaltung d. Ch. Links Verlags; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str. 1, 10178 Berlin

26.10. (Mi) - 28.10. (Fr):

**NVA in der DDR.** Seminar d. Konrad-Adenauer-Stiftung; Ort: Bildungszentrum Schloß Wendgräben, Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben; Themen, Programm, Zeiten u. Anmeldeformular unter <http://www.kas.de/wendgraeben/de/events/45043/>

27.10. (Do), 14.00-21.00 Uhr:

**Besuchertag.** Bürgerberatung, Antragstellung, Filmvorführungen, 14.30 Uhr u. 16.30 Uhr Archivführungen; 18.00 Uhr: Die eisige Naht. Die innerdeutsche Grenze bei Hötensleben, Offleben und Schöningen, Lesung u. Diskussion mit Autor Achim Walther; 19.30 Uhr: Ausstellungseröffnung „Zeichenhafte Figur“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

29.10. (Sa), 19.00 Uhr:

**Gedenkveranstaltung** zum ersten Todestag von Benno von Heynitz. Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

30.10. (So), 11.30 Uhr:

**„Die Wiedergeburt der Sterne nach dem Feuerwerk“.** Matinee zur „Verschwiegenen Bibliothek“. Christine Strauch liest aus der Edition „Verschwiegene Bibliothek“ (Hrsg. Ines Geipel u. Joachim Walther); Veranstaltung d. Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen; Ort: Teesalon d. Reuter-Wagner-Museums, Reuterweg 2, 99817 Eisenach

1.11. (Di), 17.00 Uhr:

**„Nörgeler“ und „Unzufriedene“.** Der einfache Bürger im Blick der Stasi. Vortrag v. Jörg Stoye, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg

1.11. (Di), 19.00 Uhr:

**„Wege durch die Mauer – Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West“** Buchvorstellung mit Autor Dr. Burkhard Veigel; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

1.11. (Di), 19.00 Uhr:

**Zeitzeugen im Gespräch.** Mit Reinhard Weißhuhn; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: DDR-Museum, Besucherzentrum, im City-Quartier DomAquaree, 10178 Berlin

3.11. (Do), 19.00 Uhr:

**Umerziehung hinter Gittern.** Jugendwerkhöfe in der DDR. „Der letzte Schliff“ – Vortrag v. Dr. Christian Sachse, „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“ – Lesung mit Heidemarie Puls; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte d. BStU in der ehemaligen U-Haft der Stasi, Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

8.11. (Di), 19.00 Uhr:

**Vom Mauerbau zum Mauerfall.** Vortrag v. Dr. Gerhard Sälter; Veranstaltung d. DIZ Torgau; Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Schloßstr. 27, 04860 Torgau

9.11. (Mi), 19.00 Uhr:

**Der Weg zur Mauer.** Stationen der Teilungsgeschichte. Buchvorstellung u. Gespräch mit Prof. Manfred Wilke, Autor, Maria Michalk MdB, Zeitzeuge Manfred Matthies

## „Schreien hilft Dir nicht...“

Dieser Titel steht eigentlich ein bißchen im Gegensatz zur Art und Weise, in der Autor Harald Beer die beiden Lebensabschnitte seiner politischen Haft erzählt: Sachsenhausen 1946 bis 1950 und Thüringen 1961 bis 1963. Wenn bei der Lektüre Emotionen geweckt werden, so nicht wegen der emotionalen Schilderung, sondern durch die Ereignisse selbst. Obgleich ein Zeitzeugenbericht, ist dies ein hochreflektierter Text. Beer merkt immer wieder gewissenhaft an, wenn er sich an bestimmte Ereignisse nicht erinnern kann oder seiner Erinnerung nicht mehr ganz traut. Nach bestem Wissen und Gewissen also.

Beide Haftstrafen haben ähnliche Gründe, die Anlässe sind nur mittelbar politisch. 1946 zeigt der 17jährige Harald Beer einer ihm unbekanntem Frau den Weg von der sowjetischen in die britische Zone, weil sie ihn darum bittet. Er begleitet sie nicht einmal, dennoch wird er als „gewerblicher Grenzfürher“ zu fünf Jahren verurteilt. Das nächste Mal ist es bereits Oktober 1961, wenige Wochen nach dem Mauerbau. Wieder wird Beer von einer Fremden angesprochen, die ihn auf einem Rastplatz an der Transitstrecke fragt, ob er sie im Auto nach Westdeutschland schleust. Auch hier folgt der Autor keinem oppositionellen Programm, doch der Bau der Mauer hat ihn empört, und Freiheit ist ihm ein wichtiges Gut. Die Flucht scheitert, die junge Frau erhält 15 Monate, Beer hingegen wegen Anstiftung zur Republikflucht drei Jahre Gefängnis. 1963 wird er ausgetauscht und kann in die Bundesrepublik zurückkehren.

Den Beschreibungen der Hafterlebnisse schließt sich ein fast 100seitiger Abschnitt mit Dokumenten und Rechercheergebnissen an. Vielleicht ging es dem Autor darum, die subjektiven Berichte zu objektivieren. Was auch immer seine Motive gewesen sein mögen, das Resultat ist außerordentlich. Dieser Anhang dient bei weitem nicht nur als Beleg für Behauptetes. Er liest sich ebenso spannend wie der Hauptteil und wirft teilweise noch einmal grundsätzliche Fragen auf, etwa, ob die Haftbedingungen im Lager Sachsenhausen den Zweck der Tötung verfolgten oder nicht. Sehr ungewöhnlich, sehr informativ, sehr empfehlenswert.

Friedrich Rudolph

.....  
*Harald Beer: Schreien hilft Dir nicht...  
 Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011,  
 249 S., 24,- €*  
 .....

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Büniger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Prof. Dr. Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Negrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober, Dr. Heinrich Polthier am 30. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr 10-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34,  
 Fax (030) 55 49 63 32  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de  
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr,  
 Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr,  
 Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlichen Dank unseren Spendern

Helmuth Astler, Alfred u. Ingrid Czubek, Käthe Jahn, Siegfried Jahnke, Kurt u. Brigitte Kugler, Helmut Kuhn, Eugen Mühlfeit, Jürgen Kurt Wenzel, Otto Wienke

BSV Berlin-Brandenburg

## Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Hartmut Brix, Alfred Feicke, Hans-Christoph Flade, Hans-Georg Friedrich, Olaf Gehrke, Franz Goerg, Dieter Hanns, Dietrich Jacobs, Peter Menzel, Dr. Michael Mommert, Peter E. Müller, Dr. Jens Nielsen, Heinz Otto, Eva Maria Poster, Kerstin u. Andreas Puschendorf, Eike Christine Radewahn, Manfred Rohde, Dr. Klaus Ruckebrod, Karl Schober, Ursula u. Udo Schulz, Werner Selka, Erika Steinz, Roland Ullmann, Christa Weiske, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

## Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

### BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle  
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 32  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48, Nr. 665 52 45 01

## Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Verbandekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse  
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup, Tel. (030) 55 77 93-51  
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31  
E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Verlag:** Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,  
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 300

**Herstellung und Vertrieb:** Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin  
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. September 2011

